97. Ausgabe • 38. Jahrgang / Einzel-Nummer 15 Pf.

„Freiheit und Brot"

München, Donnerstag, 23. Juli 1925

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Verlag: Frz. Eher Nachfg., G.m.b.H. / Hauptgeschäftsst.: München, Thierschstr. 15 / Fernr. 20647 / Drahtanschr.: „Beobachter München" / Postscheckkonto: Frz. Eher Nchfg., G.m.b.H. München 11346 u. Postsparkassenk.: Frz. Eher Nchfg., G.m.b.H., Wien 79 921 / Schriftltg.: München, Schellingstr. 39/I / Fernr. 20801—20803 / Sprechstd. tägl. v. 10—11 Uhr vorm.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Erscheint täglich / Bezugspreis monatlich 3.25 Mark zuzüglich Postbestellgeld / Anzeigenpreise: Die 31,5 mm breite und 1 mm hohe Zeile kostet 20 Goldpfennig / Im Textteil die 65 mm breite und 1 mm hohe Zeile 80 Goldpfennig / Anzeigenschluß 10 Uhr vormittags / Anzeigen-Abteilung: Schellingstr. 39/I / Fernruf-Nummer 20 801

Die Reichsregierung auf dem Wege zur Unterwerfung

Stresemann in „wesentlichen Punkten" in „bedeutender Annäherung" zu Briand . . .

Die Angst vor der eigenen Courage

Liest man die soeben veröffentlichte Note der Reichsregierung, so fällt ihr zusammengeleimter Charakter beim ersten Blicke auf. Sie ist in einem gewundenen und verklausulierten Geheimratsstil abgefaßt, und fast jeder Absatz enthält Widersprüche: Was am Anfang gesagt wird, wird zum Ende zurückgenommen, und so kann man die Freude in Paris und London über die neue Bloßstellung Deutschlands nur begreifen.

Ein einziger Satz aber, dem wir doch Beachtung schenken, und auf den wir die Reichsregierung hiermit ein für allemal festlegen wollen, lautet: „Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abrüstung auch die in der Völkerbundssatzung und in der Einleitung zum Teil 5 des Versailler Vertrages vorgesehene allgemeine Abrüstung folgt." Dieser Satz wirkt ganz eindeutig als ein Einschiebsel in die sonst vor Ergebenheit triefende Note. **Bleibt die Reichsregierung auf diesem Satze bestehen,** so ist alles übrige Gerede von der „Übergangszeit" zwecklose Zeitverschwendung; denn nie und nimmer werden Frankreich, Polen, England usw. auch eine freiwillige ähnliche Erklärung wie Deutschland abgeben, geschweige denn die Abrüstung selbst auf sich nehmen.

Wenn wir gewisse Herren nicht so genau kennen würden, wären wir geneigt, in diesem Satze den Versuch einer Friedensoffensive zu erblicken, um den Feind endlich einmal auch mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, wie sie der Völkerbundspakt und der Versailler Vertrag darstellen. Dieser eine klare Satz steht aber ganz einsam da in dem Schwulst der übrigen Redensarten. Namentlich der erste Absatz, in dem die Reichsregierung betont, daß um Gotteswillen die Sicherheitsfrage keine Änderung der Friedensverträge bedeute, gibt der gesamten deutschen Propaganda für die Revision, für die Annullierung des Versailler Schandvertrages einen Schlag ins Gesicht.

Nach einer richtigen Kennzeichnung des Garantiebetrugs, auf den Herr Briand in seiner Note losgegangen war, und nach den zitierten Sätzen über den Völkerbund, heißt es dann zum Schluß wieder, daß die Reichsregierung glaube, in den **wesentlichen (!) Punkten bereits eine bedeutende Annäherung der beiderseitigen Anschauungen feststellen zu können!** Diese Worte, die offenbar aus der näheren Umgebung des Herrn Stresemann stammen, strafen den Versuch einer Ablehnung der Briandschen Note wiederum Lügen: Denn auf das deutsche Memorandum ist nur eine einzige Antwort erfolgt, eben diese Briandsche Note, welche auf nichts mehr und nichts weniger hinausläuft, als auf die Forderung einer Gewaltherrschaft Frankreichs, und das diesem zuzuerkennende Recht, zu jeder beliebigen Zeit und unter einem beliebigen Vorwande durch Deutschland zu marschieren. Auf diese unverschämte Note des französischen Außenministers gibt nun Deutschland die erste Antwort, weist in einigen Sätzen richtig die Ungeheuerlichkeit der französischen Forderungen zurück, um dann zum Schlusse doch die — „bedeutende Annäherung in wesentlichen Punkten" festzustellen.

Man braucht sich nicht zu wundern, wenn das in Paris und London so aufgefaßt wird, daß die drei Absätze, in denen die Briandschen Frechheiten zurückgewiesen werden, nur Rückzugsgefechte einer bereits mit der Kapitulation rechnenden Regierung darstellen; denn **durch die letzten Bekenntnisse wird alles wieder zurückgenommen, was vorher bekämpft worden war.** Die Wahrheit ist, daß in wesentlichen Punkten eine Annäherung nicht erfolgen kann, weil der wesentliche Punkt der französischen Note eben die rechtliche Anerkennung der Willkürherrschaft Frankreichs bedeutet. Man wird die deutschen Ablehnungsversuche in Paris und London sicher dahin deuten, daß sie nur abgefaßt worden seien, um die nationale Seite in Deutschland zu beruhigen und einzuschläfern. Und tatsächlich besagen die neuesten englischen Stimmen, daß man darauf ausgehe, die deutsche Antwortnote in zwei Teile zu gliedern: in einen außenpolitischen, über den man verhandeln wolle, und in einen anderen, der offenbar aus innerpolitischen Gesichtspunkten diktiert sei, und deshalb abgelehnt werden müsse.

Deutschland hat jetzt die Pflicht, den Kampf gegen das Versailler Schandstück mit verdoppelter Energie aufzunehmen, und gegen die Kriegsschuldlüge, die von Herrn Stresemann in seiner neuen Note überhaupt nicht erwähnt worden ist, erneut anzukämpfen. Im übrigen haben diesmal **wir** Zeit und keinerlei Ursache, uns im Frage- und Antwortspiel so zu beeilen, wie es am Schluß der Note gefleht wird.

A. R.

London und die deutsche Antwortnote

London, 22. Juli. Die deutsche Antwortnote wird in London heute veröffentlicht. Selbst in Regierungskreisen ist die Prüfung noch nicht beendet. Auf der heute stattfindenden Kabinettsitzung wird man sich zum ersten Male mit derselben beschäftigen. Es wird betont, daß die Note zweifellos eine Grundlage zur Fortsetzung der Verhandlungen bilde. Begrüßt wird insbesondere die gute Aufnahme der Note in Paris. Man glaubt in London, daß die deutsche Note die Möglichkeit einer schnellen Weiterentwicklung der Dinge geben kann. In dem Lager, das man als das franzosenfreundliche bezeichnen könnte, weist man darauf hin, daß die deutsche Note eine ganze Reihe von Dingen enthält, die offensichtlich durch die deutsche Innenpolitik bedingt seien. Es könnte sich die Gefahr ergeben, daß man die deutsche Note gleichsam in zwei Teile, einen amtlichen und einen innerpolitischen gliedere. Damit könnte eine ganze Reihe der deutschen Argumente als innenpolitisch bedingt, abgefertigt werden. Man wird dieser Tendenz eine gewisse Aufmerksamkeit schenken müssen. Wie verlautet, hat gestern bei Gelegenheit der Überreichung der Note keinerlei mündliche Erörterung über den Inhalt stattgefunden.

London, 22. Juli. Die englischen Morgenblätter sind der Meinung, daß die deutsche Antwort in jedem Sinn erfreulich sei. Es wird besonders der aufrichtige Ton hervorgerufen. Auch die „Morningpost" sagt, daß im Ganzen die deutsche Antwort nicht unbefriedigend sei. Sie sei eine Grundlage für die Fortsetzung der Verhandlungen. Das Blatt hegt die Hoffnung, daß diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen werden. Der Ton der Note sei unantastbar und zeige, daß es Deutschland mit dem Pakt ehrlich meine, und daß es die Absicht habe, sie wirklich durchzuführen. In verschiedenen Punkten nehme die Note auf die empfindliche öffentliche Meinung in Deutschland Rücksicht.

„Daily Telegraph" schreibt, der Ton sei nicht nur unangreifbar, sondern freundschaftlich. Aber das bedeute noch nicht, daß ein zufriedenstellendes Abkommen schon in Sicht sei. Die strittigen Punkte, die in der neuen Note hervorgehoben werden, seien ernsthafter Natur und werden nicht nur zu einem neuen Meinungsaustausch zwischen Paris und Berlin, sondern auch zu Auseinandersetzungen zwischen Paris und London führen. Die Sprache der Note über die östlichen Schiedsverträge und deren Garantie durch Frankreich sei sehr gemäßigt; jedoch zeige sich eine Verschiedenheit in der Auffassung.

„Daily Expreß" freut sich über die deutsche Antwort. Die deutsche Entscheidung befreie das englische Reich von der Gefahr eines Vertrages, der mit einem Schlage die politische und diplomatische Einheit des englischen Reiches zerschlagen würde.

Paris, 22. Juli. Die deutsche Note wurde gestern abend um 7 Uhr am Quai d'Orsay den Pressevertretern ausgehändigt. Der Pressechef des Quai d'Orsay äußerte in Gesprächen, daß der **günstige Eindruck** der Note in offiziellen Kreisen unverändert anhalte.

Das Zollkompromiß zustande gekommen

tu. **Berlin,** 22. Juli. Das Zollkompromiß ist, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, gestern Abend endgültig zustandegekommen, und wird in der Mittwochsitzung des handelspolitischen Ausschusses in Form von sechs Anträgen zur Beratung gestellt werden. Über die Einzelheiten des Kompromisses wird zur Zeit noch nichts bekanntgegeben.

Kündigung des Eisenbahnerlohntarifes

Berlin, 22. Juli. **Die Eisenbahnergewerkschaften haben den Beschluß gefaßt, den laufenden Lohntarifvertrag zum 1. August zu kündigen.**

Beschlagnahme von kommunistischen Organisationspapieren

Jena, 23. Juli. In den Geschäftsräumen der kommunistischen „Neuen Zeitung" erschienen gestern Polizeibeamte, besetzten die Räume der Bezirksleitung der K.P.D. und beschlagnahmten das gesamte Organisationsmaterial der Partei. Die Maßnahme soll auf Veranlassung des Reichsanwalts vorgenommen worden sein.

Deutsch-österreich. Schlußverhandlungen über die Aufhebung des Visumzwanges

Wien, 22. Juli. Wie verlautet, wird der nach Berlin zurückgekehrte österreichische Gesandte Dr. Frank sofort die Schlußverhandlungen über die Aufhebung des Visumzwanges im Verkehr zwischen Österreich und dem Deutschen Reich aufnehmen. Es wird ein günstiges Ergebnis erwartet, weil der österreichische Ministerrat, der am Freitag stattfand, die letzten Hindernisse beseitigt hat, die von österreichischer Seite noch vorlagen.

Die marxistische Feme

Vorbereitungen zum Wiener Zionistenkongreß

Wien, 22. Juli. Die „Nie-wieder-Krieg-Parteien" wollen zwar in keinen Krieg mehr ziehen zur Verteidigung des Vaterlandes, denn ein solches kennen sie bekanntlich nicht. Dafür suchen sie den programmäßig verhinderten „kriegerischen" Geist in blanker Mordlust gegen eigene Volks- und Arbeitsgenossen zu betätigen. Zu diesem Zweck hat man sich

Schwarze Listen

angefertigt, in denen die Namen jener **Nationalsozialisten** und Völkischen aufgeführt sind, die der Reihe nach **kaltgemacht werden sollen.**

Eines dieses Opfer ist zum **Zwecke** des „Kaltmachens" bereits zum **dritten Male** überfallen worden von marxistischen Banditen der „roten Arbeiterwehr" (Nie wieder Krieg!). Beim ersten Überfall wollten sie den in Mödling wohnhaften Angestellten der österreichischen Bundesbahnen, Joseph **Schulz**, wegen seiner Zugehörigkeit zur N.S.D.A.P. über die Mödlinger Eisenbahnbrücke in die Tiefe werfen. Sie wurden durch dazukommende besonnene Arbeiter davon abgehalten; dafür mißhandelten sie den Unglücklichen in der viehischsten Weise. Der Mann erhielt dadurch einen

Lungendefekt, drei Rippenbrüche und ein taubes Ohr.

Das war Ende Mai. Als er am 14. Juli seinen Dienst wieder antreten wollte, wurde er von **unbekannten Marxisten aus dem Hinterhalt mit Steinen beworfen,** glücklicherweise aber nicht getroffen.

Dafür wollten Angehörige des Republikanischen „Schutz"bundes in einer Anzahl von 20 bis 30 Mann am 18. Juli um 10 Uhr nachts das Haus stürmen, in dem Schulz wohnt. Dabei wurden Rufe laut:

„Machts ihn kalt! Er muß kalt gemacht werden!"

Ein unbekannter Redner, der auf die Mordbande einsprach, wurde unterbrochen mit dem Zwischenruf:

„Ja, er steht ja auf unsrer schwarzen Liste!"

Schließlich gelang es aber doch, den Sturm auf das Haus zu verhindern, indem die Insassen bereits ihre Habseligkeiten zu verstecken begannen und flüchten wollten. Die erstattete Anzeige auch über diesen Überfall wird bei der Lauheit der Mödlinger Polizei nicht viel Ergebnis erwarten lassen.

Joseph Schulz ist seit Montag vom Dienst ausgeschlossen und kann es nicht wagen, das Haus zu verlassen, **da er jeden Augenblick in Gefahr ist, von hinten angefallen und „kaltgemacht" zu werden.**

Der Polizeipräsident **Schober** hat nun Veranlassung genug, sich „**objektiv**" zu zeigen. Darf man vielleicht erwarten, daß er endlich einmal mit der gleichen Energie „Vorkehrungen" trifft gegen dieses marxistische Mordbrennertum mit seinen schwarzen Listen, wie es doch sonst gegen die völkische Bewegung geschieht.

Weitere Überfälle auf Völkische

Graz. Auch in Graz überfielen Kommunisten völkische Zeitungsverkäufer. In dem Handgemenge wurden mehrere Personen verletzt. Sieben Verhaftungen wurden vorgenommen.

Wien. Sonntag kam es auch auf dem Schwedenplatz vor dem Café Siller wieder zu Anstänkerungen unserer Kolporteure, obwohl dort nach einem Übereinkommen mit der Polizeidirektion nur mehr zwei Verkäufer stehen, um auch den Schein einer absichtlichen Herausforderung der Juden zu vermeiden. Kurz darauf überfiel bei den Rotundenbrücke sozialdemokratische Arbeiterwehr eine Gruppe nationalsozialistischer Jugend, die von einer Versammlung auf der Landstriße heimkehrte. Es entstand eine scharfe Prügelei, der die Polizei ein Ende bereitete. Zwei Personen wurden verhaftet.

Dieser Tage kam es an der Ecke Siebensterngasse und Neubaugasse etwa um 7 Uhr abends zu einem Zusammenstoß. Der Frontkämpfer Ad. **Frühauf** verkaufte dort die „Deutschösterreichische Tages-Zeitung", „Die neue Front" und andere arische Blätter. Plötzlich wurde er von etwa zehn Sozialdemokraten, unter denen auch drei Straßenbahner in Uniform waren, angerempelt und beschimpft, wobei man versuchte, ihm das Frontkämpferzeichen herabzureißen. Polizei schritt ein und stellte unter anderem auch den Namen eines der Straßenbahner fest. Kurz vorher war es auf dem Gürtel bei der Kreuzung der Mariahilfer Straße neuerdings zu einem Zusammenstoß gekommen. Eine **ältere Jüdin** versuchte unseren Kolporteur anzustänkern und Leute gegen ihn aufzuhetzen. Es entstand ein Riesenauflauf, den die Wache zerstreute.

Es ist schon sehr „mutig", alte Judenfrauen zu Provokationen zu mißbrauchen!

*

Am 20. Juli, 3.30 Uhr, wurden die Zeitungsverkäufer **Wieland** und **Gayer** durch den Marxisten **Greistinger** und seinen Anhang überfallen, mit dem Messer bedroht und angespuckt. Wieland erhielt einen Faustschlag aufs Auge, daß er wie leblos zusammenbrach. Greistinger wurde verhaftet. Er schlug und beschimpfte auch die Wachbeamten.

Überfall auf Turner

Abends halb 9 Uhr wurden dieser Tage in der Hermanngasse zwei Turner des Deutschen Turnerbundes 1919, die von ihrer Arbeitsstätte heimgingen, vor dem Lokal der sozialdemokratischen Bezirksorganisation überfallen, weil sie das Turnerabzeichen trugen. Die beiden wurden tätlich mißhandelt, wobei ihnen Kleider und Wäsche zerrissen wurden.

„Gleiches" Recht für alle

Reiche Juden haben Fahrpreisermäßigung — deutschen Turnern wird sie verweigert.

Bisher hat die österreichische Bundesbahndirektion den Teilnehmern an größeren Turnfesten immer eine 25prozentige Fahrpreisermäßigung gewährt, zuletzt noch den Teilnehmern an dem am 12. d. M. in Wimpassing stattgefundenen Gauturnfeste des Steinfeldturngaues. Das Ansuchen des Turnvereins Horn um eine Ermäßigung des Fahrpreises für die Teilnehmer an dem am 15. August in Horn stattfindenden Gauturnfestes des Waldviertelturngaues hat die Bundesbahndirektion unter 31. 41 893/1—25 jedoch „im Hinblick auf die finanzielle Lage der Österreichischen Bundesbahnen" abgewiesen.

Da diese Begründung besonders im Hinblick darauf, daß durch die Turnfeste den Bundesbahnen ein sehr großer Mehrverdienst zufließt, gänzlich unstichhaltig ist, braucht nicht weiter erörtert zu werden. **Anderseits erhalten aber die Teilnehmer am Zionistenkongreß doch eine Fahrtermäßigung auf den Bundesbahnen — es handelt sich hier fast ausnahmslos um reiche Juden im Gegensatz zu jungen, gewöhnlich vermögenslosen deutschen Turnern. Wo bleibt da die Gerechtigkeit? Nur zu, ihr Behörden. Für den Zionistenkongreß wird dann gerade die richtige Stimmung in der bodenständigen Bevölkerung vorhanden sein.**

Das Amnestiegesetz angenommen

tu. Berlin, 21 Juli. Der Reichsrat befaßte sich heute mit dem Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit. Die Ausschüsse haben der Vorlage zugestimmt und sind sich dahin schlüssig geworden, daß bei Niederschlagung der Verfahren auf die Taten, die nach dem 15. Juli 1925 begangen worden sind, die Amnestie nicht eintreten soll.

Vor der Abstimmung haben die Vertreter Preußens und Bayerns Erklärungen abgegeben.

Preußen beantragte, in die Amnestie gewisse leichtere Landesverratsfälle einzubeziehen, besondere Fälle, wo die Verurteilung wegen fahrlässiger Bekanntgabe geheimzuhaltender Mitteilungen erfolgte.

Bayern erklärte, daß es gegen die Vorlage keinen Widerspruch erhebe, eine Ausdehnung im Sinne des preußischen Antrages aber ablehnen müsse.

Auch Staatssekretär Joel wandte sich namens der Reichsregierung gegen den preußischen Antrag. Der Antrag wurde mit 33 gegen 22 Stimmen angenommen.

In der Gesamtabstimmung wurde der Gesetzentwurf mit 38 gegen 17 Stimmen angenommen.

Dagegen stimmten die Vertreter von Bayern, Thüringen, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lübeck und einige preußische Provinzen.

Danach ist zu schließen, daß auch alle am Befreiungsunternehmen vom November 1923 beteiligt Gewesenen wieder als freie Deutsche gelten können.

Ein würdiger „Mitbruder" des Pazifistenkonzerns Gerlach-Gumbel!

Die Presse der „nationalen" Bayerischen Volkspartei, die doch einst im schneidigen Scheingefecht das Tischtuch zwischen sich und dem Reichszentrum auf Herrn Gg. Heims Befehl zerschnitt, schreibt aus der Berliner Zentrumszeitung, die sich zu Unrecht „Germania" nennt, einen langen Aufsatz eines „kath." Erzpazifisten, des Herrn Stratmann in Köln, ab. Einige Sätze dieses, ganz der verlogenen Schlagworttaktik der Französlinge Förster, Gumbel und Gerlach angepaßten, Machwerkes sind geeignet, die Öffentlichkeit über die antinationalen Wühlereien dieser Herrschaften zu unterrichten. Es heißt da nach einer Aufforderung zum Suchen eines „**Ersatzes für das kriegerische Heldenideal**", der in dem Barmatschieber oder Großbörsianer bereits entdeckt wäre. „**Für die Friedensbewegung, die ihrer Natur und ihrem Ziele nach übernational ist, muß (!) das Nationale nicht das Primäre sein.**" Es müssen nach Herrn P. Stratmann „**nicht die nationalen, sondern die übernationalen Eigentümlichkeiten und Interessen des Menschtums**" betont werden! Wer wollte bei solchen Redensarten nicht an die jüdischen Bestrebungen denken, die sich im Marxismus aller Schattierungen, im Pazifismus, im „Esperanto", im Freimaurertum und neuerdings in der Sekte der „Ernsten Bibelforscher" ausdrücken und mit den gleichen Lügen ihr wahres Ziel der Unterdrückung aller eigenvölkischen Regungen verdecken wollen? vernehmen wir weiterhin den „kath." Pazifistenführer, für den sich deutsche Katholiken schön bedanken werden:

„Ich kann es — gerade herausgesagt — nicht verstehen, daß nicht mehr Priester, ja daß nicht alle Priester der ganzen gewaltigen Weltkirche wie ein Mann, wie eine geschlossene Phalanx hinter den Papst treten, um mit einem „Gott will es!" die katholischen Massen zum Kreuzzug gegen die Festungen und Schlupfwinkel des Kriegsgeistes zu führen! Ich finde es beschämend, daß die Kommunisten mehr Hingabe an Moskau als die Katholiken an Rom zeigen, und daß das Schmähwort von der „Schwarzen Internationale" kein Wahrwort ist, wie das von der „Roten Internationale"!"

Wenn die so empfindlichen Parteikatholiken bei solcher Kennzeichnung der undeutschen Zentrumspolitik, die ja auch viel in „Pazifismus" Wirthscher Prägung, gerade gegenüber Sowjetrußland (Wirthreisen, Beileid für den Bluthund Lenin, der Tausende von Katholiken, auch Bischöfe, hinschlachten ließ, Wutanfälle bekommen und sich scheinbar als „vogelfrei" zum Bedrohen nationaler Deutscher mit dem „Kulturkampf" fühlen, so möge ihnen dieses unbedachte Wort eines Fanatikers entgegengehalten werden, das in allen deutschgesinnten, katholischen und nichtkatholischen Kreisen schärfsten Widerspruch erfahren muß, soll nicht der konfessionelle Streit verewigt werden. Freilich, die offiziellen Parteiblätter der in Bayern herrschenden B.V.P. drucken solche Sprüche **ohne Kommentar, in Fettdruck,** ab, wie das amtliche Organ der B.V.P. für Oberfranken . . .!

Ggl.

Bolschewistische Ausschreitungen in Frankreich

Paris, 22. Juli. **Wie aus Paris gemeldet wird, ist es in Montevy zu schweren kommunistischen Ausschreitungen gekommen. Soldaten des 23. Infanterieregiments, die nach Marokko aufbrechen sollten, wurden von Kommunisten umeingt und aufgefordert, die Waffen fortzuwerfen. Ein Offizier, der Hauptmann Itot, der von einem in der Nähe gelegenen Café der Szene zusah, wurde von den Kommunisten angegriffen und ihm unter dem Jubel der Menge die Epauletten abgerissen. Darauf stimmte die Menge die Internationale an und brach in Hochrufe auf Abd el Krim aus.**

Zu diesen kommunistischen Ausschreitungen wird noch gemeldet, daß dem Offizier das Kreuz der Ehrenlegion abgerissen wurde und er flüchten mußte. Die Polizei nahm sechs Verhaftungen vor.

Neue Erfolge der Rifleute

Paris, 22. Juli. **„Paris Soir" zufolge hat Abd el Krim einen Brief im Besitz, in dem angefragt wird, ob er zu Friedensverhandlungen bereit ist. Wenn die Antwort des Riffführers günstig lautet, so werden Frankreich und Spanien ihm ihre Friedensvorschläge bekanntgeben.**

London, 22. Juli. **Nach einer Meldung der „United Preß" aus Madrid soll die französische Garnison in Taunat nördlich von Ain-Aicha in die Hände der Rifleute gefallen sein.**

tu. **Paris,** 22. Juli. Aus Madrid wird gemeldet, daß ein französisches Torpedoboot auf der Höhe der Bucht von Alhuceams von Batterien der Rifleute beschossen wurde. Es wurden zwei schwere Granaten abgefeuert, die beide in der Nähe des Schiffes einschlugen.

Nach einem Bericht aus Tanger haben in der spanischen Zone in der Nähe von Fondak heftige Kämpfe stattgefunden. Die Dieballas griffen die spanischen Stellungen an, wurden aber zurückgeschlagen. Die Spanier machten einen Gegenangriff und verbrannten verschiedene Dörfer.

Kommunistische Attentatspläne in Athen

tu. **Belgrad, 22. Juli. Aus Athen wird gemeldet, daß die Polizei mehrere kommunistische Zellen ausgehoben hat, die sich mit Attentatsplänen gegen den Ministerpräsidenten Pangalos und andere Mitglieder der Regierung sowie gegen konservative Politiker beschäftigten. Unter den Verhafteten befinden sich auch Russen.**

Die ersten Erfolge der von uns gemeldeten Übersiedelung der Verschwörer aus Wien nach Athen!

Große russische Flottenmanöver im Schwarzen Meer

tu. **Paris, 22. Juli. Die bolschewistische Flotte bereitet seit einigen Tagen große Manöver auf dem Schwarzen Meer vor.** Diese werden **in der Richtung gegen Odessa und am Ufer des Dnjestr abgehalten.**

Moskau, 22. Juli. Die Sowjetregierung **hat beschlossen, ihre Seestreitkräfte in Ostasien zu verstärken. Es sollen drei große und drei leichte Kreuzer vom Ostseegeschwader nach Wladiwostok abgehen.**

Erklärung der polnischen Regierung zu der aufgedeckten weißrussischen Verschwörung

Warschau, 22. Juli. Auf eine Anfrage des ukrainischen Seimklubs über die Ursachen der Massenverhaftungen unter der ukrainischen Bevölkerung Wolhyniens erklärte gestern der Justizminister, daß die politische Polizei einer weitverzweigten ukrainischen Organisation auf die Spur gekommen sei, die eine große Verschwörung gegen den polnischen Staat geplant habe. Die Organisation stand mit dem Ausland in Verbindung und wurde dauernd und reichlich finanziert. Sie bezweckte die Trennung des Wolhyniengebietes von Polen, um es Sowjetrußland anzuschließen. Der Aufruhr war im Frühling geplant.

Versteckte Herausforderung

Die Lorbeeren des österreichischen „Republikanischen Schutzbundes" lassen unsere Reichsjammerleute nicht schlafen. In dem Demokratenblatt „Der Beobachter", Nr. 28, 11. Juli, ist folgender „Werbespruch" zu lesen:

Essen. (**Reichsbanner.**) Es müßte eine Selbstverständlichkeit sein, daß jeder Republikaner auch Mitglied des Reichsbanners ist. Seine Notwendigkeit werden wir nach dem 16. August erst recht empfinden, wenn sie hier Stahlhelm, Jungdo usw. breit machen werden.

Man gibt damit also offen zu, daß man beabsichtige, mit Gewaltakten gegen die vaterländisch-völkischen Verbände vorzugehen. Wie sagte doch Herr Severing? Ach so: „Politische Kinder!" Kinder läßt man aber nicht mit dem Feuer spielen!!

Der Schlüssel zum Produktionsproblem

Von **Erwin Piechottka**, Berlin.

Wie nach jedem Unglück muß man auch nach der Durchpeitschung des Aufwertungsgesetzes die Schuldfrage stellen. Das Wort „Aufwertung" ist nämlich nicht aus den Kreisen der Enteigneten geboren, sondern von den Enteignungspolitikern in die Debatte geworfen und alle Warnungen haben nichts genützt. Das gleißende Wort „Aufwertung" hat seinen Zweck erreicht und der ist: **die Irreführung des deutschen Volkes abseits von der Wiederherstellung des Rechts.**

Aufwerten kann man nur, was **entwertet** ist. Aber das ist ja **eben die grobe Lüge,** daß das Kapital, das die Spargroschen des deutschen Volkes bildet, **entwertet** sei durch die künstlichen Machenschaften, die mit der deutschen Währung getrieben wurden.

Geld ist für Kapital **nur** und **ausschließlich** Maßstab bezw. Mittel zur Übertragung der im Kapital steckenden Wirtschaftskraft der nicht verbrauchten und konservierten Leistung. Wird nun aber mein Schreibtisch weniger lang, wenn ich ihn mit einem falschen Maße messe? Er bleibt dasselbe, und genau so wie mir der Schreibtisch in gleicher Weise dient, ganz gleich, ob ich ihn mit einem richtigen oder falschen Maßstabe messe, genau so dient der Volkswirtschaft das in Wohnungen, Fabriken, Domänen und Forsten arbeitende Kapital der Hypotheken, Obligationen, Staatsanleihen usw.

Wenn ich aber an meinem Schreibtisch nicht arbeiten darf, wenn ich also die Leistung dieses Möbels nicht in Anspruch nehmen darf, dann ist **mir** der Wert des Schreibtisches vermindert, aber der Schreibtisch ist **deshalb nicht** weniger lang und nicht **weniger breit und nicht weniger** leistungsfähig.

Und wenn nun der Staat verbietet und verhindert, daß derjenige die Leistung seines Kapitals in Anspruch nehmen darf, der es „besitzt", dann ist für **diesen** eben das Kapital „entwertet", aber **das Kapital ist Kapital,** und die volkswirtschaftliche Leistung **„der Wert" ist dasselbe** geblieben.

Das Kapital, das von dem Aufwertungsgesetz betroffen wird, **ist also gar nicht entwertet,** sondern es ist **ausschließlich** dem „**Besitzer**" das Recht entzogen, den Ertrag für sich zu beanspruchen. **Der Ertrag entsteht tatsächlich.** Aber statt daß aus ihm der Gläubiger seinen Zins erhält, nimmt diesen Ertrag des Privatkapitals der Staat von den durch das Hypothekenkapital gebauten Häusern als „**Hauszinssteuer**", von den aus dem Kapital der Obligationen geschaffenen Fabriken in anderen überspannten Steuern, aus den Domänen und Forsten den **Ertrag** der Anlage der Anleihen als „eigenen" Ertrag. Die Städte nehmen die aus den Anleihen geschaffenen Elektrizitätswerke, Gas- und Wasserwerke als „eigene" Unternehmungen und deren Ertrag als „eigenen" Ertrag. **Der Staat eignet sich also das Privatvermögen seiner Bürger mittels dessen Rente an.**

Der Ertrag ist also enteignet. „Entprivatisiert" nennt das die **Sozialdemokratie,** die kalt lächelnd zugibt, daß **sie durch diese** „Entprivatisierung jeglichen Ertrages" die Sozialisierung durchführen will. **Der Ertrag** ist in eine andere Hand hineingeschoben worden und der „Besitzer" des arbeitenden Kapitals, das den Ertrag schafft, ist seiner Rechte für verlustig erklärt worden. **Das „hat man" durch das Aufwertungsgesetz gemacht.**

Denn, wäre die Entwertung tatsächlich, dann könnte doch auch der Staat nicht den Ertrag der privaten Kapitalsanlagen als Hauszinssteuer usw. nehmen, denn dann wäre er eben nicht da! Oder werden die Hauszinssteuern etwa von etwas anderem genommen, als von dem Ertrag, den die vom Hypothekenkapital gebaute Wohnung schafft? Dann bitte woher? Ist das etwa die neue Erfindung, aus Luft „Gold" und „Währung" zu schaffen, dann gib bitte, liebe Regierung, Dein Scheinverfahren auch den unglücklichen Opfern dieses Betruges frei!

Wenn nun die alten Kapitalsanlagen aus ihrer unbestreitbar **vorhandenen** wirtschaftlichen Leistung ihren Ertrag erhielten, dann brauchen wir gar keine „Aufwertung". Der Rentenanspruch eben ist das Kapital.

Aber dieser jeweils an den **Eigentümer** gezahlter Ertrag seiner Leistung ist gerade die **Kaufkraft, die heute fehlt,** weil der Staat sie „an der Quelle" erfaßt und sie dem wirtschaftlichen Umlauf entzieht, anstatt aus dessen Überschüssen seine Ausgaben zu decken. **Die Kaufkraft in Privathand** bedeutet aber Verbrauch (der durch die Leistungen der alten Kapitalsanlagen jederzeit gedeckt ist). Verbrauch bedeutet Absatz, also Produktionssteigerung, Einkommen für die heute Arbeitslosen, anständigen Lohn für die heute mit Recht unzufriedenen Arbeiter und Überschüsse, die als Steuern für die Verwaltungskosten in Anspruch genommen werden können, **ohne** das Volksvermögen zu verbrauchen.

Denn daß dieser **Verbrauch,** der aus der produktiven Leistung des arbeitenden Kapitals gerechtfertigt ist, heute **künstlich unterbunden** ist, weil die Kaufkraft, der Ertrag, entprivatisiert ist, verursacht, daß die **Produktionsmenge** in Deutschland gering, **unrationell und teuer** ist. So muß also jeder in Deutschland in seinem Ertrage zum Teil oder ganz „Entprivatisierte" die aus der unrationellen Produktion begründeten höheren Preise bezahlen und hat also für seine Leistung entsprechend weniger. Auch der Arbeiter, der **deshalb** mit Recht unzufrieden ist.

Es ist also gerade das Produktionsproblem, das dieser betrügerischen „Aufwertung" entgegensteht. Denn wenn der Ertrag der Leistung dem Leistenden entprivatisiert wird, dann muß die Kaufkraft im Umlauf der Wirtschaft fehlen, dann fehlt der Produktion der Absatz, dann haben wir die unrationelle teure Produktion, die **nicht mehr das gesamte deutsche Volk beschäfti-**

gen kann, die Arbeiterschaft auf die Straße, die Produktionsmittel zur Stillegung zwingt und zum Zusammenbruch der Wirtschaft führt.

Gerade deshalb ist das Enteignungsgesetz so katastrophal, weil es zu der sozialistischen Entprivatisierung des Ertrages, zu unrationeller Produktion festlegt und daher zur Ursache des deutschen wirtschaftlichen Zusammenbruchs wird, in dem wir doch schon fast mitten drin stehen.

Mit ihrer Kurzsichtigkeit weklagt die „Wirtschaft", so könnte man die Zinsen nicht aufbringen. Ist das wahr oder ist das falsch?

Die Kaufkraft, die sich im Umlauf geltend macht, bringt nämlich den Ertrag an jeden Leistenden, der dieses Geld wieder an den Leistenden weitergibt. Das sind auch die Mittel, die Leistungen des alten arbeitenden Kapitals in den Zinsen zu bezahlen. Denn der Umschlag einer Leistung gegen die andere ist eben die Wirtschaft. Nur in dem individuellen Vonhandzuhandgeben der einzelnen Leistungen gegeneinander (in dem Verkehrsmittel Geld) wird aber allein garantiert, daß für jede Leistung eine Gegenleistung zur Verfügung gestellt werden muß, mithin, je öfter dieser Tausch sich in der Wirtschaft vollzieht, das Gesamtproduktionsaufkommen rationell und daher billig wird. Wird, wie es jetzt geschieht, und wie es das Aufwertungsgesetz festlegt, ein großer Teil des Ertrages von tatsächlich vorhandenen Leistungen entprivatisiert, das heißt vom Staate vor dem wirtschaftlichen Umlauf direkt in den unproduktiven Verwaltungsapparat geleitet, dann entfallen von der Gesamtproduktion die Gegenleistungen, die sonst dafür angefordert und entstehen würden, dann wird der Umlauf in der Wirtschaft gehemmt und der wirtschaftliche Zusammenbruch zwangsläufig (gleichzeitig die Konkurrenzunfähigkeit am Weltmarkt).

Der Schlüssel zum Produktionsproblem liegt also in der individuellen Verteilung des Ertrages an den Leistenden. Deshalb ist auch das „Aufwertungsproblem" nicht mit dem vorgenommenen Gesetz erledigt. Nur wer, wie die Sozialdemokratie, bewußt den Zusammenbruch Deutschlands betreibt, kann sich mit dem Gesetz befriedigt erklären oder sich damit abfinden. Wenn die Väter des Aufwertungskompromisses wüßten, was sie damit angerichtet haben, daß sie den Sozialismus und seine Ziele praktisch durchführen, dann würden sie vor Scham vor keinem der Betrogenen, von keinem der Dahinsiechenden in die Augen blicken lassen können. Aber für jeden Ehrlichen, der sein Volk liebt und dessen Leben nicht morden will, gibt es nur eins: Der Kampf bis zum letzten; und die Führer der Beteiligten wissen ganz gut, was dieser Schwur zu bedeuten hat, wenn ich, dem sie bisher trotz der allerschwersten Anklagen gegen sie feige ausgewichen sind, ihn in entscheidungsvoller Stunde, öffentlich ablege.

Die deutsche Antwortnote

Berlin, 21. Juli.

Die heute durch die Reichsregierung veröffentlichte Antwortnote auf die Briand-Note vom 16. Juni hat folgenden Wortlaut:

Die deutsche Regierung hat die von Seiner **Exzellenz** dem französischen Botschafter Herrn **de Margerie am 16.** Juni überreichte Antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie entnimmt aus der Antwort mit Genugtuung, daß die französische Regierung und ihre Alliierten grundsätzlich bereit sind, die Festigung des Friedens gemeinsam mit der deutschen Regierung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen und hierüber in einen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten. Die alliierten Regierungen wünschen indessen vor der Einleitung sachlicher Verhandlungen eine weitere Klärung der in dem deutschen Memorandum berührten Fragen und machen ihrerseits eine Reihe von konkreten Vorschlägen, zu denen sie eine Stellungnahme der deutschen Regierung erbitten.

Diese Vorschläge sind zwar auf den Anregungen des deutschen Memorandums aufgebaut, geben diesen Anregungen aber in wichtigen Punkten eine andere Richtung und fügen zu ihnen auch neue Vertragskonstruktionen hinzu. Die deutsche Regierung will in dem gleichen Geiste des Entgegenkommens und der friedlichen Verständigung, aus dem ihre eigenen Anregungen hervorgegangen sind, nachstehend ihre Ansicht über die alliierten Vorschläge darlegen. Sie glaubt sich dabei jedoch auf eine allgemeine Äußerung zu einigen grundsätzlichen Fragen beschränken und eine Stellungnahme zu den einzelnen Wünschen bis zu den endgültigen Verhandlungen vorbehalten zu sollen.

I.

Die alliierten Regierungen betonen in der Note vom 16. Juni, daß die Regelung der Sicherheitsfrage keine Änderung der Friedensverträge mit sich bringen dürfe. Die deutsche Regierung vermag aus den Ausführungen der Note über diesen Punkt nicht ohne weiteres zu erkennen, welche Absicht die alliierten Regierungen damit verfolgen. Der Abschluß eines Sicherheitspaktes, wie er in den deutschen Anregungen fixiert worden ist, bedeutet keine Änderung der bestehenden Verträge. Es dürfte deshalb in dieser Hinsicht kein Anlaß zu besonderen Feststellungen vorliegen. Die deutsche Regierung betrachtet es hierbei als selbstverständlich, daß nicht etwa für alle Zukunft die Möglichkeit ausgeschlossen werden soll, bestehende Verträge auf dem Wege friedlichen Übereinkommens zu gegebener Zeit veränderten Verhältnissen anzupassen. Sie darf darauf hinweisen, daß auch die Satzung des Völkerbundes derartigen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Wenn die alliierten Regierungen zum Beispiel hervorheben, daß der Sicherheitspakt die bestehenden Vertragsbestimmungen über die militärische Besetzung deutscher Gebiete nicht berühren dürfe, so ist es richtig, daß das deutsche Memorandum den Abschluß des Paktes nicht von der Änderung dieser Bestimmungen abhängig gemacht hat. Sollten die alliierten Regierungen beabsichtigen, jene Bestimmungen als für die Zukunft schlechthin maßgebend hinzustellen, so möchte die deutsche Regierung demgegenüber darauf hinweisen, daß das Zustandekommen eines Sicherheitspaktes eine so bedeutsame Neuerung darstellen würde, daß sie nicht ohne Rückwirkung auf die Verhältnisse in den besetzten Gebieten und überhaupt auf die Frage der Besetzung bleiben dürfte.

II.

In dem System, das die Note vom 16. Juni für den Sicherheitspakt entwirft, wird eine hervorragende Rolle den Schiedsverträgen zugewiesen, die Deutschland mit den ihm benachbarten Signatarstaaten des Versailler Vertrages abzuschließen hätte. Die Gestaltung der Schiedsverträge in diesem System gibt jedoch zu erheblichen Zweifeln Anlaß, die noch der Aufklärung bedürfen. Die deutsche Regierung hat Schiedsverträge beabsichtigt, die in den letzten Jahren sowohl von Deutschland als auch von einer Reihe anderer Mächte abgeschlossen worden sind. Verträge dieser Art, die in Analogie zu den entsprechenden Bestimmungen der Völkerbundsatzung aufgebaut sind, erschöpfen nach Ansicht der deutschen Regierung die unter den gegenwärtigen Verhältnissen gegebenen Möglichkeiten, eine schiedliche Regelung von Staatenkonflikten mit Aussicht auf praktischen Erfolg herbeizuführen. Bei den alliierten Vorschlägen scheint an ein anderes System gedacht zu sein. Was dabei vor allem in die Augen fällt, sind die bei den Alliierten Regierungen vorgesehenen Ausnahmefälle, in denen ein gewaltsames Vorgehen der Staaten gegeneinander zulässig sein soll. Die deutsche Regierung kann in dieser Hinsicht die Ausführungen der Note vom 16. Juni, wie auch den veröffentlichten Schriftwechsel zwischen der französischen und der königlich großbritannischen Regierung nur dahin verstehen, daß in diesen Fällen nach der Absicht der alliierten Regierungen das gewaltsame Vorgehen ohne irgendein vorhergehendes objektives Verfahren — sei es ein Schiedsverfahren oder ein anderes internationales Verfahren — erfolgen kann. Wenn das zutrifft, so würde sich daraus ergeben, daß die alliierten Regierungen zum Beispiel die Entscheidung über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von Repressalien wegen der Reparationsverpflichtungen nicht einem objektiven Verfahren unterwerfen, sondern ihrem einseitigen Ermessen vorbehalten wollen. Es würde sich ferner ergeben, daß die deutsche Regierung den alliierten Regierungen ein vertragliches Recht einzuräumen hätte, ohne vorhergehendes objektives Verfahren gegen Deutschland militärisch einzuschreiten, wenn sie der Ansicht sind, daß ein deutscher Verstoß gegen die Bestimmungen über die Demilitarisierung des Rheinlandes vorliege. Ebenso bedenklich wären die Folgen, zu denen die in der französischen Note vorgeschlagene Konstruktion der Garantie für die abzuschließenden Schiedsverträge führen könnte. Das Eingreifen des Garanten würde zwar von bestimmten Voraussetzungen abhängig sein, der Garant hätte aber das Recht, nach freiem und einseitigem Ermessen darüber zu entscheiden, ob diese Voraussetzungen in gegebenen Fall zutreffen. Das würde bedeuten, daß der Garant zu bestimmen hätte, ob bei einem Konflikt zwischen den beiden Kontrahenten des Schiedsvertrages als Angreifer zu gelten habe und zwar wäre er dieser Befugnis selbst dann nicht enthoben, wenn er mit dem Kontrahenten durch ein Sonderbündnis verpflichtet ist. Es liegt auf der Hand, daß ein Garantie-System durch eine derartige Konstruktion einseitig zu Ungunsten Deutschlands durchbrochen werden würde. Das Ziel einer wirklichen Befriedung, das von der deutschen Regierung in Übereinstimmung mit den alliierten Regierungen angestrebt wird, wäre nicht erreicht. Die deutsche Regierung glaubt, sich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß ihre Besorgnisse in diesen Punkten von den alliierten Regierungen beseitigt werden können. Sie glaubt, das umsomehr erwarten zu dürfen, als sich das Garantie-System sonst mit dem Geiste der Völkerbundsatzung nicht in Einklang bringen lassen würde. Während nach der Völkerbundsatzung die Frage ob eine Friedensstörung vorliegt, in einem genau geregelten Verfahren zu entscheiden und die Anwendung von Zwangsmaßnahmen an bestimmte, objektiv festzustellende Voraussetzungen geknüpft ist, würden bei dem in der französischen Note entworfenen System alle diese Entscheidungen in die Hand einer Vertragspartei gelegt sein. Ein solches System würde die Friedensordnung nicht stützen und könnte sogar ernste Verwicklungen heraufbeschwören.

III.

Nach Auffassung der deutschen Regierung würde für die Ermöglichung des Grundgedankens des deutschen Memorandums der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund keine notwendige Voraussetzung sein. Die alliierten Regierungen dagegen sind ihrerseits der Auffassung, daß der in dem deutschen Memorandum angeregte Sicherheitsvertrag nur denkbar ist, wenn Deutschland in den Völkerbund eintritt. Bei der großen Bedeutung, welche die deutsche Regierung der Regelung der Sicherheitsfrage beimißt, will sie gegen die Verbindung der beiden Probleme keinen grundsätzlichen Widerspruch erheben. Sie muß indessen darauf hinweisen, daß die Frage des deutschen Eintrittes selbst noch sorgfältiger Klärung bedarf. Der Standpunkt der deutschen Regierung in dieser Frage ist den alliierten Regierungen aus dem ihnen im September vorigen Jahres überreichten Memorandum sowie aus der deutschen Note an den Völkerbund vom 12. Dezember v. Js. bekannt. Die in der französischen Note angeführte Note des Völkerbundsrates vom 13. März ds. Js. hat die Bedenken, die auf deutscher Seite gegen die Übernahme der Verpflichtung aus dem Artikel 16 der Satzung geltend gemacht worden sind, nicht ausgeräumt.

Auch nach den Ausführungen des Völkerbundsrates bleibt bestehen, daß Deutschland als entwaffneter Staat von stark gerüsteten Nachbarn umgeben ist, während es sich in zentraler Lage befindet und in der Geschichte immer wieder der Schauplatz großer Kriege gewesen ist, und beim Eintritt in den Völkerbund unbeschränkt der Verwicklung in kriegerische Konflikte dritter Staaten ausgesetzt sein würde. Deutschland kann als Mitglied des Völkerbundes erst dann als gleichberechtigt gelten, wenn seiner Abrüstung auch die in der Völkerbundsatzung und in der Einleitung zum Teil fünf des Versailler Vertrages vorgesehene allgemeine Abrüstung folgt. Es muß deshalb, wenn der alsbaldige Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ermöglicht werden sollte, eine Lösung gefunden werden, welche die Zeitspanne bis zur Verwirklichung der allgemeinen Abrüstung überbrückt. Diese Lösung müßte sowohl der besonderen militärischen, als auch der besonderen geographischen Lage Deutschlands gerecht werden.

Auf diese Bemerkungen zu den Ausführungen der Note vom 16. Juni möchte sich die deutsche Regierung vorerst beschränken. Trotz der angedeuteten Zweifel und Bedenken, glaubt sie in wesentlichen Punkten bereits eine bedeutsame Annäherung der beiderseitigen Anschauungen feststellen zu können. Die beteiligten Regierungen sind grundsätzlich einig in dem ernstlichen Willen, die Sicherheitsfrage durch den von Deutschland angeregten Garantiepakt und durch einen weiteren Ausbau die Systeme von Schiedsverträgen zu regeln. Soweit gegen die Einzelheiten dieser Regelung noch Zweifel und Meinungsverschiedenheiten bestehen, werden auch sie zu überwinden sein, wenn die Regierungen das anzustrebende Ziel fest im Auge behalten und den unerläßlichen Erfordernissen der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit Rechnung tragen.

Die deutsche Regierung glaubt deshalb hoffen zu dürfen, daß die weiteren Erörterungen zu einem positiven Ergebnis führen werden. Sie würde es lebhaft begrüßen, wenn diese Erörterungen beschleunigt werden können, damit dem dringenden Verlangen der Völker nach sicheren Bürgschaften für ruhige und friedliche Entwicklung sowie Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten normalen weltwirtschaftlichen Beziehungen bald Genüge geschieht.

Um das Zollgesetz

Berlin, 22. Juli. Im Handelspolitischen Ausschuß des Reichstages wurde heute vormittag von dem Ausschußvorsitzenden das Kompromiß verlesen, das die hinter der Regierung stehenden Parteien in der Zollvorlage beschlossen haben. Es handelt sich um sechs Einzelanträge, die von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum, von der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung unterzeichnet sind. Einer dieser Anträge ist auch von den Völkischen unterzeichnet. Der erste Antrag ermächtigt die Reichsregierung, im Falle dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses mit Zustimmung des Reichsrates und eines Ausschusses des Reichstages die Eingangszölle für zollpflichtige Waren zu ändern oder nach dem Tarif zollfreie Waren mit Eingangszöllen zu belegen. Der zweite Antrag lautet: Der Reichsminister der Finanzen bestimmt das Inkrafttreten des Gesetzes. Das gesamte Gesetz soll mit Ausnahme der Zölle für verschiedene Ferro-Legierungen zunächst vom 1. August 1925 ab Geltung haben. Das Gesetz tritt mit Ablauf des 31. Juli 1927 außer Kraft. Der dritte Antrag besagt u. a.: Die Zollsätze sollen durch vertragsmäßige Abmachung bei geschlachteten Rindern nicht unter 13 M., bei Schafen geschlachtet nicht unter 13 M., bei Schweinen nicht unter 14,50 M. für den Doppelzentner Lebendgewicht herabgesetzt werden. Im 4. Antrag heißt es u. a.: Bis zum 31. März 1926 werden folgende Zollsätze erhoben: Roggen 3 M., Weizen 3.50 M., Gerste 3 M., Hafer 3 M., Buchweizen 3 M., Mais 4.20 M., Reis (unpol.) 2.50 M., weiße Bohnen 2 M., Erbsen und Linsen 1.50 M., Futterbohnen, Wicken 1.50 M., Fleisch, ausschließlich Schweinefett und genießbare Eingeweide von Vieh (Federvieh ausgenommen). Schweinefleisch 21 M. Anderes und genießbare Eingeweide 24 M., Schweinefett 24 M., Schmalz und schmalzähnliche Fette 22.50 Mark, Mehl aus Getreide (mit Ausnahme von Hafer) 8 M., Mehl aus Hafer 10 M., Reis (pol.) 2.50 M., Melasse frei, Margarine 20 M., Gefrierfleisch 40 M. (Regierungsvorlage 20 M.). Der fünfte Antrag lautet: Die Reichsregierung wird ermächtigt, Gefrierfleisch im Rahmen der bisherigen Einfuhr zollfrei zu lassen, sofern die zur Abgabe verpflichteten Gemeinden das Gefrierfleisch zum Selbstkostenpreis oder mit einem mäßigen Aufschlag minderbemittelten Volksschichten beschaffen.

Die Novemberleute sind böse

Berlin, 22. Juli. Im Reichstage kam es gestern in der elften Nachtstunde noch zu stürmischen Auftritten, als man die Fortsetzung der ersten Lesung des Uniformgesetzes behandelte. Präsident Loebe wies auf die stürmischen Vorgänge in der letzten Sitzung hin. Die völkische Fraktion hat sich über den Vizepräsidenten Bell beschwert. Dieser könne aber glaubhaft nachweisen, daß er in dem Tumult nicht anders habe handeln können. Der Präsident stellte fest, daß der Abgeordnete v. Ramin ausgeführt habe: Revolution und Republik wären die Symbole einer hündischen Unterwürfigkeit gegenüber den Versailler Feinden. Der Präsident fügt hinzu: Die Republik sei die jetzige Staatsform Deutschlands. Früher wäre es nicht möglich gewesen, daß ein Redner über die Monarchie so hätte sprechen dürfen. Der Präsident erteilt dem Abg. v. Ramin nachträglich einen Ordnungsruf. Der Abg. v. Ramin habe dann weiter über die Erschießung von dreißig Offizieren gesprochen. Auf Zwischenrufe an dieser Stelle erhielten weitere Ordnungsrufe die Abg. Sollmann, Müller-Franken, Graßmann und Kirchmann. Eine Äußerung des Abg. v. Ramin gegen Sollmann, in der dieser Sollmann einen Jammerlappen nannte und die in einer Aufforderung zum Duell ausklang, sieht der Präsident eine Bedrohung mit Totschlag und würde den Abg. von Ramin ausgewiesen haben, wenn er im Saale gewesen wäre. Auf der Linken riefen die Ausführungen des Präsidenten Beifall hervor, während die Völkischen dagegen protestierten. Abg. Sollmann durfte dann seine abgebrochene Rede fortsetzen.

Das Urteil im amerik. Affenprozeß

tu. Neuyork, 22. Juli. Im amerikanischen Affenprozeß wurde der Lehrer Scope zu hundert Dollar Strafe verurteilt.

Münchner Beobachter

Die Garagenfrage in Deutschland

Der Besucher der Münchener Verkehrsausstellung findet in Halle 9 eine Reihe von Modellen, die Großgaragen darstellen, hat ob ihrer Zierlichkeit wohl daran Gefallen und geht dann doch meist achtlos weiter. Welche Bedeutung diesen kleinen Abbildungen zukommt, zeigte der kürzlich anläßlich der Tagung des Deutschen Automobilhändlerverbandes gehaltene Vortrag **Dr. Ingenieurs G. Müllers, Berlin.** Bei der raschen Entwicklung des Kraftwagenverkehrs — der Redner rechnet in den nächsten Jahren bereits auf 50 Personen ein Auto — zeige sich mehr und mehr die Notwendigkeit, aus Garagenbau- und Betriebserfahrungen heraus allgemeine Regeln und Organisationspläne abzuleiten und der Garage den Platz im Großstadtbilde zu sichern, den sie ihrer Bedeutung für die Volkswirtschaft nach haben muß. Grundfragen des Garagenbaues sind u. a. die Arten der Aufstellung, die Grundstücksfragen, die Frage der Höhengewinnung, die der Einrichtung und Ausrüstung und die der Betriebsformen. Diese erste Ausstellung in München sei nur als ein Glied in der Kette der Maßnahmen anzusehen, die zur Lösung des Garagenproblems in den deutschen Großstädten ergriffen werden. Der Redner ging dann auf die typischen Bauformen der in den Modellen dargestellten Garagen ein, von denen genannt seien der Entwurf von Pistor-Elberfeld mit seiner flachen Doppelschraubenrampe, deren äußere zum Aufstieg, die innere zum Abstieg dient; eine Reihe von Ausführungen im Rundbau mit flacher Spiralrampe von Architekt Herr G. Müller, Berlin, Tempelhof. Die Architekten Lohmüller, Rorschelt und Renker zeigen die sogenannte Darwingarage und eine projektierte Rampengarage mit drei Geschossen und Keller, ein Entwurf von Dr. Ing. Müller mit gerader, flachgeneigter Halbrampe und ein Beispiel mit einer unterirdischen Abstellgarage, wie es für den Winterfeldplatz in Berlin entworfen worden ist. Je mehr mit den Garagen in das Stadtinnere vorgedrungen werde, um so mehr werde ihr Bau und Betrieb das Interesse der Kommune und ihre Unterstützung finden müssen, eine Rentabilität, die sonst schwer zu erreichen sei. Rein technisch wird die Garagenfrage im Stadtinnern, wo man vielfach auf beschränkten Raum zu turmähnlichen Bauten greifen muß, in hohem Maße ein Problem der Fördertechnik. Es komme dabei, das müsse den Arkitekten gesagt werden, nicht so sehr auf Monumentalbauten und reizvolle Lösungen an, als auf möglichst zweckmäßige und wirtschaftliche Eingliederung von Garagenraum. Der Automobilhändlerverband bemüht sich um die Lösung des Garagenproblems, man lebe in einer Zeit geistiger Vorbereitung der nächsten Zukunft, die uns die Verwirklichung mancher obengenannter Gedanken bringen muß.

So weit der deutsche Automobilhändlerverband. Er prophezeit uns eine echt amerikanische Enwicklung. Das Automobil dürfte, wenn es in solchen Massen hergestellt wird, nicht zu einer segensreichen Erfindung für die Menschheit werden, sondern zu einer Plage. Was vollends die Garage betrifft, so wird ja offen gesagt, daß man mit turmähnlichen Gebäuden in das Stadtinnere vordringen müsse, wobei **es nicht auf die städtebildende Anpassung,** sondern auf **größtmöglichste Wirtschaftlichkeit ankomme.** Das Wort City, das hierbei der Redner anwandte, ist bezeichnend, es ist der typische Ausdruck für die amerikanische Stadt; es wäre aber bedauerlich, wenn man deutsche Städte mit derartigen Gebäuden amerikanisieren bzw. verunstalten würde. Eine Frage für sich ist es, ob eine Aufstappelung von 500 und mehr Autos in den dichtest bewohnten Stadtteilen und die durch den Betrieb erzeugten Gase usw. nicht schädlich auf die Volksgesundheit wirke, und dann sollte man meinen, daß die Lösung der Wohnungsfrage eigentlich doch noch wichtiger wäre, als die der Garagenfrage, für die allerdings, weil rentabler, mehr Geld vorhanden zu sein scheint.

Fußgänger, obacht!

Es wird vielfach geklagt, daß für den Fußgänger fast keine Möglichkeit besteht, am Thomaseck die Straße zu überqueren. Leider überlegen sich in München die wenigsten Fußgänger, wo sie am besten eine Straße überqueren können. Zunächst ist es ja gar nicht notwendig, daß man ausgerechnet an einer verkehrsreichen Ecke die Straße kreuzt. Man macht doch dies viel besser an einer anderen übersichtlichen Stelle. Im übrigen wird der Fahrverkehr gerade an der Thomasecke ja ständig unterbrochen. Die vom Osten nach Westen fahrende Straßenbahn nötigt dazu, daß die vom Norden und vom Osten kommenden Fahrzeuge eine Zeit lang halten müssen. Das Haltezeichen wird von den Schutzleuten gegeben und von den Fahrern auch pünktlich eingehalten. Lediglich Radfahrer versuchen öfter einmal durchzubrechen. Während die von der Richtung Weinstraße kommenden Fahrzeuge halten müssen, ist für die Fußgänger die beste Gelegenheit gegeben, die Straßenkreuzung am Thomaseck vom Osten nach Westen und umgekehrt zu überschreiten. Die Kaufingerstraße vom Norden nach Süden oder umgekehrt wird am besten nicht am Thomaseck überquert. Man geht einige Schritte in die Kaufingerstraße hinein und überschreitet dann die Straße. Hier hat man auch den genügenden Überblick. Bis jetzt aber kümmern sich die Fußgänger gerade an der schwierigen Ecke überhaupt nicht um den Fahrverkehr, und sie laufen kreuz und quer auf der Straße herum. Auch die Ortsfremden belasten außerordentlich den Verkehr an der fraglichen Ecke. Niemand will auch nur einen kurzen Augenblick warten. Niemand will senkrecht die Straße überschreiten. Viele schlendern auf der Fahrbahn daher. Der Fahrverkehr ist für sie nicht da. Mit Polizeibeamten allein läßt sich bei dem ungeheuren Fremdenzusammenströmen, wie es z. B. um 11 Uhr vormittags beim Glockenspiel erfolgt, keine Ordnung schaffen. Die Fußgänger müssen selbst einige Straßendisziplin haben. Dann wird sich auch der Verkehr an dieser Straßenecke noch geregelter abspielen.

*

Bundestag der Gabelsberger Stenographen. Der deutsche Stenographenbund Gabelsberger-München hält seine diesjährige Tagung in der Zeit vom 25.—28. Juli ab. Im Programm sind vorgesehen am Samstag vormittag 8½ Uhr die Bundesvertreterversammlung in der Trinkstube des M. T. V., Häberlstr. 11, nachmittags 3 Uhr Hauptversammlung des preußischen Landesverbandes, Hauptversammlung des Bayer. Landesverbandes und akadem. Gabelsberger-Bund, sämtliche in Räumen des M. T. V., Häberlstraße 11, ferner deutscher Frauenbund im Gesellschaftshaus Kreuzbräu, Saal II; Brunnstr. 7/0 und Verband Stenographiekundiger Beamter in der Gaststätte Domhof, Kaufingerstr. 15, um ½5 Uhr deutsche Briefwechselvereinigung Gabelsberger im M. T. V. Häberlstr., um 5 Uhr Braunschweig-Hannoverscher Stenographenbund im Gasthof „3 Rosen", Rindermarkt 5, deutscher Verein staatl. geprüfter Lehrer der Stenographie und deutscher Lehrerbund Gabelsberger im Kreuzbräu, Brunnstr. 7/0, Saal III, gleichfalls um 5 Uhr Verband der kaufmännischen Stenographenvereine im M. T. V. an der Häberlstr. Abends 8 Uhr Begrüßungsfeier im Löwenbräu, Stiglmaierplatz, Sonntag, 20. Juli vormittags 8 Uhr Bundeswettschreiben, ¾11 Uhr Feier am Denkmal Gabelsbergers an an der Ottostr., anschließend Festversammlung im Löwenbräu, Abends 8 Uhr Bayer. Abend im großen Saal des M. T. V. Häberlstr. mit Verkündigung des Wettschreibergebnisses. Montag, 27. Juli, vorm. 8 Uhr, Gedenkfeier am Grabe Gabelsbergers im südlichen Friedhof, dann Hauptversammlung im großen Saal des M. T. V., Dienstag, 28. Juli, vormittags und nachmittags Hauptversammlungen, abends Abschiedsschoppen im Kartensaal des Hofbräuhauses.

Ein stenographisches Riesenwettschreiben findet am Sonntag in München anläßlich des Deutschen Stenographentages Gabelsberger statt. Für dieses stenographische Wettschreiben sind bereits über 2000 Teilnehmer aus ganz Deutschland angemeldet. Eine Reihe bekannter Stenographen wird sich an den hohen Geschwindigkeiten von rund 400 Silben in der Minute beteiligen. Die hessische und thüringische Regierung haben wertvolle Preise zu diesem Schreiben gestiftet, während das bayerische Kultusministerium die Stiftung von Preisen ablehnte. Neben der Stadt München haben Münchener Firmen namhafte Beträge gespendet.

Klagen über das neue amtliche Fernsprechbuch. Mit dem neuen amtlichen Fernsprechbuch, ein wahres Monstrum von Unhandlichkeit und Dicke, hat die Postverwaltung den Telephonteilnehmern und vor allem der Geschäftswelt eine große Enttäuschung bereitet, die bereits zu zahlreichen Klagen und Beanstandungen geführt hat.

Namentlich die Vereinigung gewerblicher Verbände mit dem Sitz in Nürnberg weist darauf hin, daß die Schwere und Unhandlichkeit des Buches und seine ganze Aufmachung dem Zweck der größtmöglichen Raschheit der Orientierung widerspricht, und daß der Geschäftswelt gar nichts anderes übrig bleiben werde, als auf eigene Kosten das gelieferte Fernsprechbuch durch Teilung des Teilnehmer- und des Berufsverzeichnisses in eine handlichere Form bringen zu lassen. Über das Berufsverzeichnis wird übrigens lebhaft geklagt, da es unvollständig, ungenau und deshalb nahezu wertlos sei. Außerdem wird über die völlig unproduktive finanzielle Belastung ge-

Wetterbericht vom 22. Juli: Wetterlage unverändert.

Bei den Phöniziern hatte der Kapitalismus zur unbedingten Sklaverei geführt, bei uns nicht; im Gegenteil: er bringt Härten, wie das Königstum auch Härten in seinem Werden brachte, ist aber überall der Vorläufer kommunistischer Regungen und Erfolge. In dem kommunistischen Staat der Chinesen herrscht tiermäßige Einförmigkeit; bei uns sehen wir überall aus kräftiger Gemeinsamkeit starke Individuen hervorgehen.

Houston Stewart Chamberlain.

Fabrik

Jedem, der sein Volk lieb hat, und der sich berufen fühlt, politisch oder sozial auf die Arbeiterschaft einzuwirken, möchte ich wünschen, eine Zeitlang als Arbeiter mit Arbeitern zu schaffen.

Ich habe seit der Inflationszeit 16 Monate zuerst als Arbeiterin, später als Aufseherin einem Betriebe angehört, der sich aus dem Handwerk heraus zur Fabrik entwickelte. Es sei mir gestattet, im folgenden einige Eindrücke aus dieser Zeit wiederzugeben.

Es war ein aufblühendes Unternehmen in einer mittelgroßen Stadt. Ruhige, breite Männer, handwerklich geschult, schufen ihr Tagewerk ohne viel Worte. Der Raum war beengt, sie verstanden es, sich einzurichten; zur Frühstückszeit rückten sie behaglich zusammen und hielten eine gemütliche Pause. Ein trockener Humor kam zu seinem Recht. Mittags kamen die Angehörigen mit dem Essen, die Frauen hübsch und stattlich, die Kinder manierlich und wohlgekleidet. Abends schwang sich mancher aufs Rad, um ins heimatliche Dorf zurückzukehren.

Bei ihrer Arbeit ließen sich die Leute Zeit, wie es in der kleinen Stadt für den Handwerker Sitte ist. Sie hatten noch die volle Freude an dem, was sie schufen. Jeder konnte die Fertigstellung des Werkes von den ersten Anfängen an selbst beobachten. Die Leute arbeiteten meist schon jahrelang bei ihrem Meister, der für seine Herzensgüte bekannt ist. Es war das alte, patriarchalische Verhältnis des [illegible] zum Meister, der ihnen freundlich Weisungen gibt und sie dann nach eigenem Ermessen schalten läßt. Wohlwollen und Vertrauen waren die Grundlagen des Arbeitsverhältnisses: des Meisters Sache, ihre Sache und des Herrn Ehre, ihre Ehre.

Durch Solidität und Geschmack hatte sich der Handwerksbetrieb emporentwickelt. Nebenher gingen die Versuche zur Ausgestaltung eines Spezialartikels, die ein mit großem technischen Geschick und künstlerischem Sinn begabter Handwerker ausführte.

Der Herr ließ ihm volle Freiheit, und so stieg er allmählich vom Gehilfen zum Werkmeister empor. Zu Hilfsarbeiten wurden junge Mädchen angenommen. Hier entstand wiederum ein in sich geschlossener Kreis mit eigenen Rechten und Pflichten unter der Leitung einer einfachen Frau, die mit warmem Herzen und feinem Takt unter den teils der Stadt, teils dem Lande angehörigen jungen Mädchen Ordnung, Pflichttreue und Einigkeit zu fördern wußte.

Sie nahmen den Menschen aus anderem Stande freundlich auf, und wir gewöhnten uns bald aneinander. Natürlich gab es keinerlei Ausnahme, auch die niedrigsten Arbeiten wurden ebenso übernommen. Äußerlich mußte die völlige Gleichheit gewahrt bleiben, darauf legten die Mädchen den größten Wert. Sobald sie sahen, daß man nichts Besonderes beanspruchte, wurden sie zutraulich und freundlich, und wir sind recht gut miteinander ausgekommen. Ein langer Tisch war aufgestellt, um den sich die Mädchen, nach Ortschaften gruppiert, setzten. Sie sangen viel und hatten sich, besonders nach der sonntäglichen Tanzmusik, Unendliches zu erzählen. Mit Staunen und Schrecken erfuhr man, welche Freuden der Arbeiterjugend heute als die höchsten erscheinen, wie furchtbar Alkohol, Kino und schlechte Lieder die Seelen verheeren. Daneben fand man selbstverständliche, wortlose Pflichterfüllung. Viel konnte man durch stilles Zuhören lernen. Manch bitteres Wort fiel, wenn z. B. die Dienstbotenfrage erörtert wurde.

Ich bin sicher, manche Hausfrau würde ihr Mädchen ganz anders behandeln, wenn sie ahnte, wie sich ihr Wesen in den Augen ihrer Angestellten spiegelt. Manch unvorsichtiges Wort, manche Gedankenlosigkeit würde unterbleiben.

Mögen die Mädchen in bezug auf ihre Ehre den freiesten Grundsätzen huldigen, in bezug auf ihre Ehrlichkeit sind sie sehr feinfühlig und leiden schwer unter Angriffen auf den Wert ihrer Persönlichkeit. Vielen sagt man eine gewisse Verstecktheit oder Unaufrichtigkeit nach. Man versetze sich nur einmal ganz in die Lage eines Untergebenen, der dem Vorgesetzten oder überhaupt dem anderen Stande gegenüber nicht die Mittel geistiger Gewandtheit oder Ausdrucksmöglichkeit besitzt, der, unwillkürlich die andere Art als überlegen empfindend, sich ihr in falscher Höflichkeit anzupassen versucht, und man wird nicht mehr enttäuscht sein. Auch bei politischer Aufklärungsarbeit von Mensch zu Mensch macht man zuweilen diese Erfahrung. Einfache Menschen folgen der aufklärenden Persönlichkeit oft nur deshalb, weil diese selbst so überzeugt von der vertretenen Ansicht ist, nicht weil sie die Gründe verstandesmäßig erfaßten.

Um möglichst die ganze Herstellung des Artikels in den eigenen Betrieb zu verlegen, wurden in den an sich schon zu kleinen Räumen Maschinen aufgestellt. Zu ihrer Bedienung wurden Fachleute berufen, sie brachten durch ihre andersartige Einstellung allmählich einen fremden Ton in die bisher so harmonische Arbeitsgemeinschaft. Die Rastlosigkeit und Eintönigkeit des maschinellen Betriebes begann auch hier ihre seelentötende Wirkung.

Nur wenn der Werkmeister prüfend und Weisung gebend durch die Räume ging, spürten die Leute das Zusammenlaufen aller Fäden in einer Hand, sahen ihn als den allein Schöpferischen, da sie selbst doch früher Schaffende waren, und empfanden ihn, der aus ihrer Mitte hervorging, mit Stolz als den Leiter der Arbeit.

Der Betrieb vergrößerte sich, ein Grundstück wurde erworben, der Bau einer geräumigen Fabrik in Angriff genommen, doch dazu war Geld nötig. Es wurde zwar gut verdient, aber die Neuanschaffung der Maschinen, die Vorsichtsmaßnahmen für eine größere Zahl von Arbeitern in dem Betriebe machte große Kosten.

Hatte bisher der Inhaber in seinem Gerechtigkeitssinn die Leute auch dann beschäftigt und voll bezahlt, wenn wenig Arbeit und infolge der Versuche unproduktive Arbeit geleistet wurde, und hatten diese unverbrüchlich den alten Geist der Treue und Hingabe hochgehalten, so änderte sich jetzt das Bild mit einem Schlage.

Infolge des eintretenden Kapitals wurde eine neue Leitung nötig, die rein kaufmännisch, geschäftsmäßig arbeitete. Das unpersönliche Kapital wurde zum unsichtbaren Herren der Fabrik. An Stelle der Würdigung der Persönlichkeit trat die rücksichtslose Ausnutzung der Menschenkräfte. Der einzelne fühlte sich als Nummer in dem großen Betriebe, als Maschine, der man gerade eben die nötigsten Betriebsmittel gönnte, um sie gebrauchsfähig zu erhalten.

Was das bedeutet, muß man am eigenen Leibe erfahren haben, um es wirklich verstehen zu können. Diese Vernichtung der Persönlichkeit in der Arbeit, an der sich der Mensch doch eigentlich erst voll entwickeln und ausbilden soll, nimmt ihm das Bewußtsein des eigenen Wertes und macht ihn dadurch dumpf, unfrei, verbittert. Es gibt kein fröhliches Wirken mit den Arbeitskameraden mehr, es heißt nur schuften, ohne aufzublicken, Zeit zu sparen, um möglichst viel fertigzubringen. Auch der Werkmeister, eingeklemmt zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, hatte die harten Forderungen der Leitung zu erfüllen und den Zorn der angepeitschten Arbeitsgenossen zu tragen. Wohl war als freiwillige Arbeitsleistung die Anspannung der äußersten Kräfte möglich gewesen, doch diese als Forderung einer unpersönlichen, verständnislosen Macht empfanden alle als erbarmungslose Ausbeutung.

Die Arbeitsräume waren groß, hell und schön, aber wo blieb das gemütliche Beisammensein, das heitere Geplauder, die fröhlichen Lieder? Wo blieb das Wirken von Mensch zu Mensch? Wahllos wurde an Hilfskräften eingestellt, was sich anbot, es waren nicht die besten Elemente. Unter dem ewig lastenden Drucke der nicht genügenden Leistung, unaufhörlich angetrieben zu hastender Arbeit, bemächtigte sich der gequälten Seele eine dumpfe Bitterkeit, eine Gereiztheit, die oft auch das angeborene Gerechtigkeitsgefühl übertäubte.

Man denke sich die jungen Mädchen von 15—30 Jahren, Tag für Tag, Monat für Monat auf ihren Platz gebannt, immer die gleiche Bewegung machend. All die aufgespeicherte Jugendkraft und Jugendlust entlädt sich auf dem oft stundenlangen Heimweg bei Kälte und Dunkelheit oder in der verführerischen Luft des Sommerabends in ausgelassenem Treiben, ohne daß der erschöpfte Wille die Kraft hätte, zu zügeln und Maß zu halten.

Die Arbeitsfron vernichtet auch bei den Männern das Bewußtsein des Wertes der Persönlichkeit. Die religiöse Stärkung des Menschen, den Stolz der Gotteskindschaft, hat ihnen ihre Parteipresse genommen, hat ihre dumpfe Gereiztheit immer nur nach einer Richtung haßsäend geleitet. Ihnen, die sich als einzelne ohnmächtig fühlen, ist die Überzeugung eingebrannt, daß nur die Masse Macht besitzt. In ihren Partei-Idealen allein fühlen sie sich noch mit einer geistigen, ewigen Welt verknüpft. Sie können und wollen es nicht fassen, daß ihr Leben auch hier in dürrem Boden wurzelte.

Neue Generationen erstehen. Jugend, deren Eltern im Fabrikleben innerlich verarmt und verroht sind, haust in oft schauerlichen Wohnungen zusammengepfercht, verbringt ihr Leben vom Morgen bis zum Abend in eintöniger Fabrikarbeit und wächst so zu einem zügellosen und lebenshungrigen Geschlecht heran.

Möchten sich viele Helfer finden, Freunde und Führer, die in Weisheit und Liebe diese Menschen einem selbstbewußten, frohen Leben in einem geliebten Vaterlande zuführen! w.

Ostseefahrt

Von Irene Wahlström.

Dumpfes, leises Gesurr der Dampfmaschine und der Propeller — das Rauschen des Kielwassers — das Flattern der Flagge — in weiter Ferne die Rauchfahne eines noch unsichtbaren Schiffes und — manchmal eine menschliche Stimme. Das ist alles. Und das Wasser mit seinen Wellen, Wellen mit weißem Schaum ...

Am Schiff schau' ich hinunter — senkrecht ins Meer. „Meergrün" ist da seine Farbe, und wie ein Wasserfall rauscht es!

Milliardenweise spritzen die Wasserperlen, silbern und klar, aus dem immer neu entstehenden Schaum.

So fährt das Schiff weiter und weiter und weiter, herrlich inmitten der See!

Eine Inselspitze erscheint. Eine Inselspitze die Häuser trägt:

Die Kreideinsel Rügen.

Sie glänzt in der Sonne, und je mehr wir ihr entgegenkommen, desto mehr leuchten ihre Felsenwände! Aber ihre Schönheit ist veränderlich: einmal traumhaft zart und licht, verhüllt mit einem Silberschleier, dann — wie ein weißes Marmorschloß im blauen Meer!

Und das Wasser:

Hellblau war es — tiefblau ist es.

Winde wandern hin und her, und nun — so weit die Blicke gehen — nur Woge über Woge mit weißem Schaum ...

„Hemdkrausen des Röcken und seiner tanzenden Schar!"

Buchbesprechungen

In französischen Kerkern, von Gustav Ritter und Edler von Obinger. Verlag von Wilhelm Köhler, Minden in Westf.

Ein Buch, welches den Deutschenhaß und den Sadismus der „grande nation" in einem grellen Lichte zeigt. Wie gewöhnliche Verbrecher hat Frankreich die deutschen Männer behandelt, welche während der Ruhrbesetzung ihr Vaterland über alles gestellt haben und, zum größten Teile unschuldig — alles Recht verhöhnend — zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Es ist der Geist Schlageters, den die Franzosen wider ihren Willen zum deutschen Nationalhelden gemacht haben, der aus diesen Zeilen spricht.

klagt, die der Geschäftswelt durch die Aufführung der Firmen im Berufsverzeichnis erwächst.

Jedenfalls kann sich die Postverwaltung schon jetzt wenige Tage nach der Herausgabe ihres monströsen Fernsprechbuches überzeugen, daß sie mit diesem Werk daneben gegriffen und der Geschäftswelt keinen Nutzen, sondern nur Ärger und Verdruß und Kosten gemacht hat.

Großes Sommerfest am Chinesischen Turm. Der Bayerische Landesverein vom Roten Kreuz braucht dringend Mittel für den nächsten Winter zum Betrieb seiner Suppenküchen, zur Durchführung seiner Mittelstandsfürsorge, seiner Altershilfe, seiner Fürsorge für Mutter und Kind sowie für seine Sanitätskolonnen. Da erfahrungsgemäß ansehnliche Mittel nur durch großzügige Veranstaltungen gewonnen werden, gibt der Hauptvorstand des Landesvereins am Samstag, den 1. August, auf dem wunderschönen Gelände am Chinesischen Turm im Englischen Garten ein Münchener Sommerfest, für das eine Reihe schöner und charakteristischer Münchener Darbietungen vorbereitet wird, für die sich ausnahmslos Persönlichkeiten aus Münchener Bürgerkreisen dem Verein zur Verfügung gestellt haben. U. a. sind vorgesehen ein Altmünchener Festzug, Tanzaufführungen und allgemeine Tänze im Freien. Näheres über die Festfolge, den Vorverkauf usw. wird bekanntgegeben.

In den letzten Tagen sind an Münchener Wohltäter und größere Geschäfte eine ansehnliche Anzahl Briefe mit einem Aufruf zur Unterstützung des guten Zieles gegangen. Es wird gebeten, möglichst reiche Einzahlungen auf Postscheckkonto 5400 zu leisten. Eine Entgegennahme von Beträgen durch Sammler ist vollständig ausgeschlossen, wie auch am Fest selbst die Besucher nach Lösung der Eintrittskarte in keiner Weise mehr mit Zahlungen behelligt werden.

Sonderfahrt nach Nördlingen. Das Reisebüro Wild u. Comp., München, Neuhauserstr. 47, veranstaltet aus Anlaß des historischen Festspiels über die Schlacht bei Nördlingen „Anno 1634" am Sonntag, den 2. August, eine Sonderfahrt nach Nördlingen. Abfahrt von München 6.40 Uhr früh, Ankunft in Nördlingen 9.00 Uhr vormittags. Rückfahrt von Nördlingen 9.28 Uhr abends, München an 11.58 Uhr abends. Ausführliche Prospekte über diese Sonderfahrt sind kostenlos im Reisebüro Wild & Comp. erhältlich.

Lage des Münchener Wohnungsmarktes Ende Juni 1925. Die fortgeschriebene Zahl der für eine Familienwohnung vorgemerkten Wohnungssuchenden betrug am 30. Juni 1925 für Parteien ohne eigene Wohnung (in Untermiete, bei Verwandten, in Diensträumen oder Anstalten usw. wohnhaft) 15 830, für Parteien mit eigener Wohnung, die Wohnungswechsel beantragen, 6726.

Im 1. Halbjahr 1925 wurden an 2456 vorgemerkte Wohnungsuchende Wohnungen zugewiesen.

Im Wohnungstauschverkehr wurden in der gleichen Zeit 1430 Anträge eingereicht; von diesen wurden genehmigt: 1372, während 30 Anträgen die Genehmigung versagt werden mußte; in 26 Fällen kam der geplante Tausch nicht zustande. Innerhalb der Stadt München wurden hierbei 2597 Wohnungen vertauscht.

Von der Abteilung Wohnungsbeschaffung des städtischen Wohnungsamtes sind im gleichen Zeitraum 322 Wohngelegenheiten, unter diesen 231 selbständige Wohnungen auf Grund der gesetzlichen Verordnungen beschlagnahmt bezw. dem Wohnungsmarkt neu zugeführt. Von der Möglichkeit der Ablösung der Zivileinquartierung wurde in 55 Fällen Gebrauch gemacht und zwar wurde auf dem Wege der Kapitalablösung in 7 Fällen ein Betrag von 11 900 Mark auf dem Wege der Ratenablösung einschließlich 48 neuer Fälle ein Betrag von 27 420 M. zu Gunsten des Wohnungsbauprogramms 1924/25 vereinnahmt.

Im gleichen Zeitraum wurden 247 widerrechtlich bezogene Wohnungen zwangsweise geräumt und 33 Zwangseinsetzungen durchgeführt. In 457 Fällen, in denen sich der Vermieter weigerte, mit dem vom Wohnungsamt zugewiesenen Wohnungssuchenden einen Mietvertrag abzuschließen, mußte Antrag auf Abschluß eines Zwangsmietvertrages beim Mieteinigungsamt gestellt werden. Von den durch Verhandlung beim Mieteinigungsamt im 1. Halbjahr 1925 erledigten 517 Anträgen, von denen ein kleinerer Teil noch im Vorjahre gestellt war, wurde in 131 Fällen Zwangsmietvertrag festgesetzt, in 164 Fällen wurde eine gütliche Einigung erzielt, in 157 Fällen wurde der Antrag zurückgezogen, in 65 Fällen wurde der Antrag abgewiesen. Für freiwillige Freimachung von Familienwohnungen in München sind für 25 gewonnene Räume mit Kochgelegenheit 1350 M. an Prämien gewährt worden.

*

Wir werden noch ausführlicher auf das Wohnungsproblem und die bürokratische Hilflosigkeit der behördlichen Wohnungspolitik zu sprechen kommen.

Aus der Bewegung

Sektionsversammlungen der Ortsgruppe München der N.S.D.A.P.

Donnerstag:

Sektion Schwabing: Gasthaus „Blüte". Blütenstraße. Es spricht Herr Oberleutnant Görz über „Land, Volk und Sitten in Serbien." Die Mitglieder werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Sektion Innere Stadt. Am Montag, den 20. Juli, sprach Pg. Hsj. Maurer über Art und Folgewirkungen des neuen Reichsbewertungsgesetzes hinsichtlich der freien Berufe und stellte fest, daß durch ein solches Gesetz das gesamte Kulturleben Deutschlands ertötet würde. Der Vortrag wurde mit verständnisvollem Beifall aufgenommen.

*

Ortsgruppe Solln und Umgebung. Die Sprechabende finden nunmehr jeden Donnerstag im Gasthaus „zum Hirschen" in Solln (im Nebenzimmer) statt. Zusammenkünfte dortselbst jedesmal um 8.30 Uhr. Freunde und Gäste sind stets willkommen.

Gründungsversammlung in Allach. Am Samstag, 25. Juli, 8 Uhr abends, spricht im Gasthaus „Höcher" Pg. Dauser über: „Nationalsozialistische Politik in Staat und Gemeinde."

Aus Bayern und Reich

Ortsgruppe Erlangen. Kommenden Freitag, den 24. 7. 25, findet abends 8 Uhr im Parteilokal, Gasthaus „Zum goldenen Herz", Sprechabend statt. Das Referat hat Pg. L. F. Gengler, München, übernommen, der über „Politische Tagesfragen" spricht. Anschließend wird Pg. Gengler über die Tagungen in Rosenheim und Stuttgart berichten. Die Ortsgruppenleitung erwartet, daß alle Mitglieder restlos erscheinen, zumal unser alter Kämpe Gengler uns viel Interessantes über den derzeitigen Stand unserer Bewegung zu sagen hat.

Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß unser Gartenfest am Sonntag, den 9. August, im Waldschießhaus stattfindet. Die Einladungsliste für Freunde und Bekannte unserer Mitglieder liegt im Parteilokal auf. Wir bitten von der Einzeichnung recht zahlreichen Gebrauch zu machen.

Ortsgr. Bergen. Am Freitag, 17. Juli, fand die erste öffentliche Volksversammlung der N.S.D.A.P., Ortsgr. Bergen (Insel Rügen) statt.

Unser Gottfried Feder sprach in zweistündiger Rede über das Thema: „Die Grundlagen deutscher Freiheit und die Aufwertung" Seine sachlichen Ausführungen fanden reichen Beifall. Als Gegenredner trat ein „Deutscher" Studienassessor für die „Deutsch"-Demokraten auf, der aber nicht zu Worte kommen konnte, da die Versammlung einmütig diesen Judenfreund ablehnte. Er mußte das Feld räumen. Die Neuaufnahmen beweisen, daß der Nationalsozialismus auf der Insel Rügen marschiert. Anschrift: Pg. Eckfeld in Bergen (Rügen), Schulstr. 3.

Aus anderen völk. Verbänden

Frontkriegerbund, e. V., Bez.-Gr. Schwabing. Donnerstag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, Familienunterhaltung in der Nordendturnhalle, Nordendstraße 33, Kneipzimmer.

Jugendfahrten ins Alpenland

Die alljährlich in den Schulferien stattfindenden Wanderungen des Jung-Bann, Großdeutscher Verband für Jugendertüchtigung, führen in diesem Sommer an den Königsee. Die Fahrt dauert vom 5. bis einschl. 24. August. Standquartier ist Berchtesgaden am Fuße des althistorischen Untersberg. Von dort aus finden statt: Rundfahrten auf dem Königsee, eine mehrtägige Beschreitung des Watzmann (2700 Meter) sowie sonstige Ausflüge in der näheren Umgebung, ferner eine Tour in das Salzkammergut (Besuch von Salzburg). Den schönsten Teil wird wohl die Fahrt durch die romantischen Salzburger Alpen über Wörgl nach Kufstein und von da durch das Inntal zur alten deutschen Stadt Innsbruck bilden.

Da wird deutsche Jugend an Andreas Hofers Grab hinüberblicken nach den jetzt welschen Höhen Südtirols und von neuem dem ersehnten großdeutschen Vaterlande die Treue geloben.

Zu weiteren Auskünften für Interessenten ist jederzeit bereit: Herr Feldmeister Joseph Sinner, München, Bürkleinstr. 1/31.

Nat.-Soz. Kameradschaftsbund Groß-Berlin, Ortsgruppe Neukölln, Gruppe „von Scheubner-Richter". Jeden Mittwoch, 8.30 Uhr abends, Versammlung im Gasthaus „Arndt", Neukölln, Hermannstraße 158.

Turnen und Sport

Österreichische Turner in Halle

Zur größten Freude der deutschgebliebenen Hallischen Einwohnerschaft besuchten uns, auf Einladung des deutsch-völk. Turnvereins „Jahn", Halle, dem gleich hier der Dank dafür ausgesprochen sein soll, unsere österreichischen Brüder von sein soll, in unsere österreichischen Brüder von völkischen Turnvereinen aus Linz in unserer schönen Saalestadt. Hunderte von deutschen Männern und Frauen hatten sich zum Empfang auf dem Bahnhof eingefunden. Über die Köpfe der wartenden Menge hinweg rauschte als einzige Fahne, trotzdem es noch so viele andere „nationale" Verbände in Halle gibt, das Hakenkreuzbanner der N. S. D. A. P. den ankommenden Brüdern den Willkommengruß entgegen. Etwa zweihundert Turner und Turnerinnen mit vier alten wertvollen Turnerfahnen unter Vorantritt einer eigens mitgebrachten Kapelle wurden mit freudigen Heilrufen empfangen.

Nach kurzen Begrüßungsworten ging es im flotten Marschtempo zum Festlokal, der „Saalschloßbrauerei". Mittags veranstaltete die Kapelle am Kaiser-Wilhelm-Denkmal, umringt von Tausenden von Hallensern, ein Platzkonzert, wo sie die erste Probe ihres reichen Könnens gab. Der Nachmittag vereinte österreichische und reichsdeutsche Brüder bei einem wundervollen Konzert im Garten des Festlokals.

Den Höhepunkt des Tages bildete der Abend. Fahne über Fahne wogte in den bis auf den letzten Raum gefüllten Saal; voran die schwarzrotgoldenen, die Fahnen des Turnvaters Jahn. Prachtvolle Leistungen und hervorragendes Können zeigte sich in den Vorführungen unserer Linzer Brüder unter der vorzüglichen Leitung von Professor Max Hirt, Direktor der österreichischen Turnschule in Linz. Da sah man das alte, gesunde und ungeschwächte Volk Österreichs. Markige Worte sprach Turnbruder Leistner aus Linz. „Österreich und Reichsdeutschland ein Vaterland. Meine Hand zum Bunde! Wir sind gekommen, um mitzuschaffen am großen Dombau, der vom Wasgenwalde hinüber zum Baltenlande und von der Nordmark bis nach Südtirol sich wölbt. Wir wollen wieder mit Stolz das Deutschlandlied singen können." Spontan brauste es, von der begeisterten Menge stehend, voll Hingabe, in Gedanken an Großdeutschland gesungen, durch den Saal.

Hiernach begrüßten die Vertreter der einzelnen Verbände und Parteien die deutschen Blutsbrüder Österreichs. Mit stürmischen Heilrufen empfangen, sprach Pg. Ernst. „Hand weg von Deutsch-Österreich, Tschechen und Italiener! Es hält zu uns und wir zu ihm, trotz Not: Volk bleibt Volk. Wir brauchen eure völkische Kraft, wie ihr die unsere. Ihr völkischen Turner habt uns gezeigt, welch Geist und Kraft im Deutschen liegt; mit diesem Können auf den Weg zum Groß-Deutschland! Schach denen, die den Zusammenschluß 1918 verhindert haben, Fluch über die, die auch heute noch den Bruder nicht zum Bruder lassen!" Brausender Beifall dröhnte im Saal als Lohn für die Worte eines Nationalsozialisten.

Deutsch-Österreichischer Turnerbesuch

Die Turnerjugend (Buben und Mädel) des Deutschen Turnvereins in Villach (Kärnten), Deutscher Turnerbund (1919), wird auf ihrer Deutschlandreise, die sie unter Führung ihres Turnlehrers, des Bundesfrauenturnwartes Prof. Georg Franke, Villach, unter der Flagge „Heim ins Reich", unternimmt, in den ersten Augusttagen auch München einen Besuch abstatten und beim hiesigen Bundesverein, dem Deutschvölkischen Turnverein München (E. V.) zu Gaste sein. Aus Anlaß dieses Besuches wird in einem Münchener Saale oder Garten ein „Kärntner Abend" gegeben, indem die jungen Gäste aus dem Grenzlande turnerische und heimatliche Vorführungen bringen werden. Der Kärntner Jugend geht der Ruf einer Musterschule voraus. Näheres wird noch bekanntgegeben.

Pfälzisches Turnfest in Ludwigshafen

Am Sonntag stand das festlich geschmückte Ludwigshafen vollständig im Zeichen des großen Pfälzischen Turnfestes, in dessen Rahmen auch ein Festzug veranstaltet wurde. Umfangreiche turnerische Wettkämpfe gaben der Turnerjugend, den älteren Mannschaften, den Frauen und Mädchen Gelegenheit, ihre Kräfte zu messen. Der Festabend war von einer hinreißenden Stimmung getragen. Der Kreisvertreter Römer wies in bewegten Worten auf die innige Verbundenheit zwischen Bayern und Pfalz hin, worauf Studienrat Sommer im Namen des Speyerer Vereins die Bundesfahne mit dem Weihespruch Einigkeit, Recht und Freiheit übergab. Die ganze Veranstaltung hat gezeigt, wie der Pfalz seine Stätte hat. Das kam auch durch das Festspiel „Im Geiste" Jahns" zum Ausdruck. Für die bayerische Regierung wohnte Ministerialrat von Jan dem Pfälzischen Turnfest bei.

Der „Ehrenvorsitzende"

Die „Deutsche Turnerschaft", Frankfurt a. M., hat unter ihren hier schon einmal genannten 110 jüdischen Ehrenausschußmitgliedern auch den Herrn Professor Bernhard Salomon aus Frankfurt a. M., Vorsitzender des Aufsichtsrates der Lechwerke-A.-G., Augsburg. So sieht er aus:

Dieser Herr Salomon ist ein guter alter Bekannter von mir. Ich habe ihn nämlich schon 1920/21 im „Völkischen Beobachter" „beleidigt" und er hat mich verklagt, aber immer wieder und wieder vertagen lassen, schließlich hat er das Vertagen aufgegeben und den ganzen Prozeß verjähren lassen. „Versehentlich", natürlich! Ich habe meine Angriffe auf ihn 1924 im „Völkischen Kurier" erneuert und mich dabei ausdrücklich auf all das bezogen, weshalb Herr Salomon mich zuerst verklagt hatte. Auch das hat er eingesteckt, ohne sich zu rühren, obwohl ihm nichts Geringeres vorgeworfen wurde, als daß er der Hehler sei und Dulder von Unterschlagungen, falschen Buchungen und eines einreißenden schandmäßigen Geschäftsgebarens durch seinen von ihm zum kaufmännischen Leiter eingesetzten Günstling Hille. Das alles hat Herr Salomon geduldet und gedeckt, obwohl ihn der über 12 Jahre in den Lechwerken tätig gewesene, befähigte und gewissenhafte Prokurist und der Hauptkassier wiederholt auf die Unregelmäßigkeiten mündlich und schriftlich aufmerksam machten.

Alle diese Angriffe auf seine Ehre ließ dieser großmächtige Jude bis zum heutigen Tage restlos auf sich sitzen. Er verstand es nur dem Gesamtaufsichtsrat der Lechwerke-A.-G. vorzumachen, daß alle diese Sachen geklärt seien. Wie, das behielt er als sein Geheimnis für sich.

Nun sind die Lechwerke-A.-G. ein wichtiger Bestandteil öffentlicher wirtschaftlicher Interessen und es ist durchaus nicht gleichgültig, ob der erste Aufsichtsratsvorsitzende Dreck am Stecken hat oder nicht. Hat er es bisher verstanden mit der bei Juden üblichen Gerissenheit sich um eine gerichtliche Auseinandersetzung herumzudrücken, so ist das seine eigene Sache. Jeder nach seinem Geschmack.

Sache der Lechwerke-A.-G. und des Gesamtaufsichtsrates aber ist es jetzt, sich derartige Vertreter vom Halse zu schaffen. Es dürfte selbst heute zur Denkwürdigkeit werden, wenn in einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft die Spitze von einem Mann bekleidet wird, dem **gerichtlich in der unzweideutigsten Form nachgewiesen ist, daß meine erhobenen Vorwürfe in vollem Umfang bewiesen sind.** Dies ist nämlich jetzt geschehen.

Um sich die Sache recht leicht zu machen, hat Herr Salomon seinen Herrn Hille bestimmt, gegen den Aufdecker der unter Hille eingetretenen straffälligen Mißwirtschaft mit Klage auf Unterlassung vorzugehen. Jahre zog sich dieser Prozeß dahin und endlich wurde in zweiter Instanz die durch nichts begründete Klage mit einer Begründung zurückgewiesen, deren gesamter Inhalt nicht nur die gediegenen Leistungen des durch solche Mißwirtschaft hinausgeekelten langjährigen Prokuristen restlos erwies, sondern vor allen Dingen **in geradezu vernichtender Weise die Richtigkeit meiner Behauptungen bis ins einzelne bestätigt.**

Da wird allerdings begreiflich, daß Herr Salomon wenig Lust verspürte, seine Klage gegen mich aufrechtzuerhalten. Absolut unbegreiflich aber würde es bleiben, wenn der Gesamtaufsichtsrat in Augsburg noch länger den Vorsitz dieses sonderbaren Ehrenmannes bulden würde. Täte er es, d. h. würde er Salomon decken, dann wäre damit der Beweis objektiv erbracht, daß man auf kaufmännische Reinlichkeit in den Lechwerken keinen Wert legt.

Wenn nunmehr Salomon nicht zurücktritt und zur Verantwortung gezogen wird, so sehen wir uns gezwungen, das gesamte Material dem Landtag zu übergeben und gleichzeitig auch den Stadtrat von Augsburg auf Grund dieses Materials zum Vorgehen zu veranlassen.

Hansjörg Maurer.

Die Sozialdemokratie als Spießgeselle Barmats. Durch die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist die Sozialdemokratie entlarvt! Sie hat sich als im höchsten Grad korrumpiert erwiesen! Die Beweise in Gestalt der zwischen Barmat-Bauer-Heilmann und Wels gewechselten Briefe und der Aussagen des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Richter enthält ein sehr wirkungsvolles Flugblatt des Alfred-Roth-Verlages, Stuttgart, Feuerseeplatz 7, dessen Massenbezug empfohlen werden kann. Es ist zum Preise von M. 1.— (für 100 Stück, M. 4.— (für 500 Stück) zu beziehen.

Verlangt in jedem Gasthaus den „Völkischen Beobachter"

Handel und Volkswirtschaft

Auslandskapital und Stinnes

Der Abbau im Stinneskonzern wird fortgesetzt. Das Auslandskapital greift überall zu. Die „Nieuwe Rotterdamsche Courant" widersprechen den Berliner Börsengerüchten, wonach bei der teilweisen Liquidation des Stinneskonzerns die Beteiligung an verschiedenen Petroleumunternehmungen in holländischen Besitz übergehen sollten. Insbesondere komme die Königlich Niederländische Petroleumgesellschaft im Haag als Reflektant nicht in Betracht. Die Verhandlungen würden in anderer Richtung hin geführt. Das Blatt fügt hinzu, nach seinen Informationen sei das Entlassungsbedürfnis innerhalb des Stinneskonzerns dringender, als nach den von der Gruppe beeinflußten Meldungen es den Anschein haben könne. Die Abwickelung verschiedener Beteiligungen, die von der sanierenden Bankengruppe mit Nachdruck und unter Beschleunigung gefordert wird, läßt sich aber nicht in der gewünschten Form durchführen; es sind zwar seriöse Reflektanten auf verschiedene entwicklungsfähige Unternehmungen des Konzerns, bei denen auch die Ertragsmöglichkeit als gegeben erscheint, vorhanden, indessen steht die außerordentlich angespannte Lage des Geldmarktes der Verwirklichung von manchen in Behandlung liegenden Geschäften entgegen.

Die Nachricht, wonach die Hapag sich an den Personenschiffahrtsinteressen des Stinneskonzerns beteiligen wird, trifft nicht zu. Die Verwaltung der Stinneslinien soll überhaupt keine Verkaufsabsichten haben.

Zu den bisherigen Verkäufen oder Verkaufsverhandlungen kommt nunmehr aus Halle die Nachricht, daß gegenwärtig Verhandlungen schweben über den Verkauf der Stinnesschen Beteiligung an der Hugo-Stinnes-Riebeck Montan- und Ölwerke A.-G. in Halle. Es handelt sich hierbei um ein Paket von rund 10 Mill. R.-M., das bekanntlich neben anderen Werten beim Stützungskonsortium verpfändet ist. Für das angebotene Paket sollen sich dem Vernehmen nach der Petscheckkonzern sowie die Rheinische A.-G. für Braunkohlenbergbau und Brikettfabrikation des Gen.-Dir. Dr. Silverberg, der bekanntlich zu Beginn der Stützungsaktion in den Aufsichtsrat der A.-G. Hugo Stinnes für Seeschiffahrt und Überseehandel eingetreten ist, interessieren. Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird auch über Verkaufsverhandlungen für die in Stinnesbesitz befindlichen Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke berichtet. Als Käufer sollen die interessierten Gemeinden und Städte des Ruhrgebiets in Frage kommen.

Daneben kommen Meldungen über den Verkauf der Stinnesbeteiligung an der Handelsgesellschaft, wobei abermals Auslandskapital seine Hand im Spiele haben soll.

Von dem 22 Millionen Rm. betragenden Kapital der Handelsgesellschaft handelt es sich um ein Paket von etwa 7.5 Mill. Rm. (also um rund ein Drittel des Gesamtkapitals der Bank).

Die Interessennahme des Stinnes-Konzerns an der Handelsgesellschaft datiert aus dem Jahre 1922. Hugo Stinnes sen. erwarb damals das Paket aus dem Besitze des rumänischen, nach Wien verzogenen Finanzmannes Zoprut, der es erst kurz vorher von einem jungen Berliner Bankgeschäft hatte aufkaufen lassen. Der Erwerb von Stinnes fiel also noch in eine Zeit der Ausdehnung des Konzerns. Die Beteiligung des Stinnes-Konzerns kam der Handelsgesellschaft damals ziemlich überraschend, im Augenblicke des Erwerbes wußte sie bekanntlich davon noch nichts und später sah sie die Beteiligung nur mit wenig wohlwollenden Augen an. Ein direkter Einfluß auf die Geschäftsführung der Bank ist seitens des Stinnes-Konzerns auch nicht erfolgt, er war dazu bei der Drittelbeteiligung um so weniger in der Lage, da sich Herr Karl Fürstenberg gegen jegliche Geschäfte mit dem Stinnes-Konzern aussprach, wobei ihm seine Stellung als Geschäftsinhaber der „Kommanditgesellschaft auf Aktien" vorteilhaft zustatten kam, in der er gegenüber Aufsichtsrat und Hauptversammlung seine Pläne stärker vertreten konnte. Gegenüber irgendwelchen Ansinnen des Stinnes-Konzerns war dies jedoch nie notwendig. Bald darauf wurde der Erwerb am Barmer Bankverein bekannt, durch den er möglicherweise seine Finanzpläne zu verwirklichen gedachte.

Die jetzt veräußerte Beteiligung an der Handelsgesellschaft war bekanntlich von der Handelsgesellschaft selbst gegenüber dem Stinnes-Konzern beliehen worden, als vor Monaten die Schwierigkeiten, mit denen der Konzern zu kämpfen hatte, bekannt wurden und zwar zu dem damaligen verhältnismäßig noch hohem Börsenkurse, vielleicht in der Absicht, das Paket wieder fester in die Hand zu bekommen. Ein Ansinnen von Hugo Stinnes jun., das Paket wieder käuflich zu erwerben, ist jedenfalls von der Handelsgesellschaft abgelehnt worden. Was den Kaufpreis des Pakets anbetrifft, den die Freunde der Handelsgesellschaft dafür bezahlt hatten, so hören wir, daß er sich etwa auf dem Börsenkurse bewegt, also etwa 10 Millionen Rm. betragen dürfte. Die gleiche Höhe dürfte auch die Summe erreichen, für die der Stinnes-Konzern damals beliehen wurde. Große Beträge über den Lombarderlös hinaus dürfte dem Stinnes-Konzern für eigene Zwecke also nicht zufließen, es soll sich lediglich um einen kleinen Betrag handeln, der noch beglichen werden muß. Die Vorteile für den Stinnes-Konzern liegen lediglich auf dem Gebiet der Zinsen, die immerhin bedeutend gewesen wären und ihnen nun entfallen.

Die neuen Käufer des Stinnes-Paketes an Handelsanteilen setzen sich aus wenigen Herren zusammen, etwa 10 an der Zahl, die untereinander größtenteils in keinerlei geschäftlichen Beziehungen stehen. Darin glaubt die Handelsgesellschaft die Gewähr dafür zu erblicken, daß ein Wiedererwerb durch Kreise, die ihr nicht angenehm wären ausgeschlossen ist. Unter den Erwerbern sollen sich, wie verlautet, sowohl Bank- wie auch Industriekreise befinden. Bei den ersteren soll die Handelsgesellschaft selbst mit einigen Herren vertreten sein, während man hingegen unter letzteren auch Auslandskapital (Amerika) vermutet; an der Börse wurden auch schon bestimmte Namen genannt. Bei der Aufnahmeunfähigkeit des deutschen Marktes dürfte das Ausland an dem Erwerb wohl den Ausschlag gegeben haben und der größte Teil auch von ihm aufgenommen worden sein.

Zum Abwertungsbetrug

Bei der Hypotheken-Aufwertung hat es den Gewaltigen von Neu-Daitschland immerhin einige Schwierigkeiten bereitet, das gesunde Recht umzubringen in ein Spezialrecht für Schieber und Ausländer. Ein anscheinend besonders schwieriges Kapitel für die Herren von Neu-Daitschland war bekanntlich bei der Hypotheken-Aufwertung die Frage, was mit solchen Hypotheken zu geschehen habe, welche zurückbezahlt und gelöscht waren auf einem Anwesen, das den Besitzer darnach gewechselt hat, sodaß der persönliche Schuldner und der Hauseigentümer zwei verschiedene Leute sind.

Diese Frage ist deshalb von öffentlicher Wichtigkeit, weil bei dem städtischen Hausbesitz und bei den größeren Gütern bekanntlich die Schieber und die Kriegsgewinner, bei dem städtischen Hausbesitz besonders auch die Ausländer, in der Zwischenzeit stark als Käufer aufgetreten sind, während die früheren Hausbesitzer — die früheren auch persönlichen Schuldner der Hypotheken — meist in die Armut gewandert sind. Besonders bei den großen Gütern ist es stark der jüdische Einschlag der neuen Besitzer, während beim städtischen Hausbesitz das Ausland als Neu-Besitzer vorgeht.

Alle diese neuen Besitzer sind von der Haftung für diese gelöschten Hypotheken befreit! Die Aufwertung der Hypothekenschuld geht zu Lasten des früheren Besitzers als persönlicher Schuldner, wenn — was natürlich meist der Fall ist, die Hypothek vor dem Verkauf gelöscht war! Ja selbst die berechtigten Interessen der früheren Hypothek-Gläubiger hat man den neuen Besitzern geopfert! § 15 sagt: Die Aufwertung findet nicht statt, soweit sie für den persönlichen Schuldner mit Rücksicht auf die Höhe des empfangenen Erlöses eine unbillige Härte bedeuten würde! Ist das nicht der reine Hohn? Denn auf deutsch heißt dies doch nichts anderes als: Wenn ein Neu-Reicher inzwischen ein Haus billig erworben hat (Höhe des erzielten Erlöses!), dann braucht er nichts für die Aufwertung zu leisten.

Und da, wir wiederholen die Tatsache, diese neuen Besitzer vorwiegend Ausländer und Neu-Reiche sind, also die Schoßkinder von Neu-Deitschland, so ist es klar, was diese Bestimmung zu bedeuten hat: Diese Schoßkinder von Neu-Deitschland, die den ehrlichen deutschen Volksgenossen deren Besitz zu einem Spottpreis, wie dies ja meist in der Inflation geschah, abgedrückt haben, werden frei von allen Pflichten, sie behalten ihren billig erworbenen Besitz lastenfrei selbst dann, wenn der frühere Gläubiger mangels Zahlungsfähigkeit des früheren Schuldners leer ausgeht und er, wie meist, der Verarmung schon anheimgefallen ist oder nun doch sicher anheimfällt!

Der Schutz des „öffentlichen Glaubens des Grundbuches" ist natürlich nur ein phrasenhafter Vorwand. Die Neukäufer solcher Objekte haben für dieselben in Goldmark gerechnet, so wenig gegeben, daß sie sich ohne weiteres an den Fingern abzählen konnten, daß diese Objekte, wenn sie hypothekenfrei waren, inzwischen frei gemacht worden waren! Man kann doch wenigstens für den städtischen Grundbesitz im allgemeinen annehmen, daß in der Hauptzeit der Inflation, also gerade in der Rückwirkungsperiode des Aufwertungsgesetzes vom 15. 6. 1922 bis Ende 1923, für je ca. M. 100 000.— Friedenswert höchstens der Gegenwert von Fünfhundert bis Tausend Dollar gegeben worden ist! Und noch deutlich ist doch für uns alle die Erbitterung lebendig, welche damals ausgelöst wurde durch die umfangreichen Immobilienkäufe von Ausländern! Und diese Neukäufer alle werden geschützt zu Lasten der deutschen Mitbürger, wenn und dann gerade weil sie, wie § 15 Abs. 2 ausdrücklich besagt, wenig für den erworbenen Grundbesitz ausgegeben haben!

Daß diese Art der Gesetzgebung natürlich auch wieder besonders zugunsten der Juden ist, erhellt aus der Erfahrung: nach ihrer ganzen Veranlagung haben die Juden früher im Allgemeinen kein Geld haben die Juden früher im allgemeinen kein Geld zulegen beliebt. Erst als dieser Besitz für Kriegsgewinner und ähnliche Blüten billig wurde, weil man den „verarmten Volksgenossen", d. h. natürlich den dummen Genossen des Volkes, an dem man seine Schmarotzerblüten nährt, mit dem schlechten Geld ausschmieren konnte, das trotz seines schlechten Wertes den verarmten Ehrlichen fehlte, erst dann griff auch die Judenschaft in größerem Ausmaße danach, nach städtischem Grundbesitz die kleineren Schieber, nach großen Gütern die größeren Schieber. Und gerade die, es muß immer wieder wiederholt werden, um dem Verständnis für solche Gesetzgebung Neu-Daitschlands eingehämmert zu werden, gerade die, die wenig für den Sachwert gegeben haben, die bleiben von der Aufwertung lastenfrei!

So macht man in Neu-Daitschland Gesetze, immer noch und immer wieder!

700 Millionen Defizit

Im Steuerausschuß des Reichstags überreichte Reichsfinanzminister v. Schlieben eine Übersicht über den Haushaltsentwurf für 1925 nach dem Stand vom 17. Juni 1925 und nach den Veränderungen, d. h. Erhöhungen durch die Ausschußbeschlüsse bis zum 15. Juli, die die Bilanz erheblich verschlechtert hätten. Er weist dabei darauf hin, daß das Jahr 1926 noch schlechter abschneiden werde, wenn nicht noch Abstriche gemacht würden. Endgültig könne der Etat vom Reichstag erst abgeschlossen werden, wenn die Steuergesetze feststünden.

Staatssekretär Dr. Fischer erläuterte die überreichte Übersicht, die mit einem vorläufigen Fehlbetrag von 760 Millionen Mark abschließt. Dieser verringert sich durch das Aufkommen aus der Münzprägung (225 Mill.) und aus der Rückstellung aus Überschüssen 1924 für Aufwertung (150 Mill.) auf 385 Millionen. Für 1926 werde bei der gegenwärtigen Etataufstellung sich das Defizit vermutlich auf 6—700 Millionen Mark erhöhen, ein Defizit, das angesichts der steigenden Reparationslasten außerordentlich drohend sei. Im Ausland könnten Zweifel an der Stabilität unserer Währung entstehen, wenn wir unseren Etat für 1925 nicht genauer balancieren.

Auf eine Anfrage erwidert Finanzminister v. Schlieben, daß die Reparationslasten für 1926 sich von 290 auf 495 Millionen Mark erhöhen. Das Reich sei in der Frage des Finanzausgleiches eigentlich schon viel weiter gegangen, als es nach der Lage des Etats für 1926 hätte geben dürfen.

Anleihen und kein Ende

Der kaufmännische Direktor Rades der August-Thyssen-Hütte hat nach Blättermeldungen in Amerika den Anleihevertrag der Thyssen-Hütte unterzeichnet. Er ist nunmehr aus Amerika zurückgekehrt und beabsichtigt, die kaufmännischen Erfahrungen der Autofabrik Ford zu verwerten.

Die amerikanische Anleihe der Stadt Berlin in Höhe von $6\frac{1}{2}$ Millionen Dollar ist am 18. Juli durch die Deutsche Bank der Berliner Stadtkasse ausbezahlt worden. Die Stadt wird nun sofort zur Ausführung der Bauten schreiten, für die die Anleihe in erster Linie vorgesehen war. Es handelt sich dabei um das Großkraftwerk Rummelsburg und den Ausbau der Schnellbahnen.

Die Morgan-Bank teilt mit, daß sie am kommenden Montag eine Anleihe von 75 Millionen Dollar zu einem Emissionskurs von $99\frac{1}{2}$ Prozent für die Regierung von Australien auflegen werde. Die Gutscheine werden nach 33 Jahren zurückgezahlt, bei einem Zinsfuß von 5 Prozent.

Hauptschriftleitung und verantwortlich für Politik: Alfred Rosenberg; für Lokales, Wirtschaft, Bewegung und Sport Hansjörg Maurer; für Kunst und Wissenschaft: Joseph Stolzing-Cerny; für den Anzeigenteil: Otto May. Verlag: Franz Ehers Nachfolger, G. m. b. H.; Rotationsdruck: Münchner Buchgewerbehaus M. Müller & Sohn.

Königin Meiken

Von Willi Scharlau.

6. Fortsetzung) (Nachdruck verboten)

Der Captain wendete sich wiederum an Jep und fragte:

„Weshalb bist du nicht auf einen Segler gegangen? — Ein anständiger Seemann gehört auf einen Segler."

„Bin schon drei Jahre auf einem Segelschiff gefahren, Captain," lautete Jeps Erwiderung. „Sie haben keine Zukunft."

„Keine Zukunft — keine Zukunft! — Immer man hastig, immer man schnell, immer mit Dampf muß das heutzutage gehen. Gibt ja auch gar keine ordentlichen Seeleute mehr."

Er setzte sich an den schweren Eichentisch, der mitten im Zimmer stand, Jep an das Fenster. Zwar war es merklich dunkel geworden, aber vielleicht ging Meiken einmal vorüber.

„Mußt natürlich auch wieder mit Dampf auf deinen alten Rußkasten fort?"

„Morgen, Captain. Übermorgen geht die ‚Isabella' nach Shanghai in See."

„Shanghai?" — War ich nicht, bin immer in amerikanischen Gewässern gefahren. — Und dann geht es wieder mit Dampf zurück?"

„Stimmt nicht. Habe mich auf zwei Jahre für dort verpflichtet, dann erst gibt es Urlaub."

Der Alte trank sehr langsam seinen zweiten Rum, während er von Zeit zu Zeit ein halblautes Brummen hören ließ.

„Das ist heutzutage auch so spaßig", meinte er dann. „Sagen immer Amerikalinie und fahren nach Shanghai oder sonst irgendwo herum. Ich habe doch auch siebzehn Reisen mit der „Martha Lüders" als Kapitän gemacht, aber jede fing in Hamburg an und ging wieder nach Hamburg zurück. — Bin ja auch schon auf ‚Steamers' gefahren, aber bloß als Passagier. Pfui Deubel. Keine Segel, kein Kreuzen, überhaupt keine anständige Fahrt. — Die paar Matrosen an Bord von so einem Dreckkasten lungern herum, die schmutzigen Kerle an der Maschine machen alles. — Donnerschlag, wenn ich an die letzte Reise mit der ‚Martha Lüders' um Kap Horn denke. Die Steamers kriechen natürlich alle aus Angst durch die Magelhaensstraße. — Heiliges Gewitter, war das eine Fahrt, das ein steifer Südwest! Anbinden mußten wir uns, daß er uns nicht von Bord wehte. — Das war meine letzte Reise vor zwanzig Jahren, — dann kam ich hierher."

Hans Hansen war im Begriff ein Garn zu spinnen. Jep hütete sich, ihn irgendwie zu unterbrechen, obgleich er des Captains Lebensgeschichte kannte. — Er hätte es mit dem Alten für ewige Zeiten verdorben.

„Weißt du, der alte Lorenzen war ein Onkel von mir, das heißt, so eine Art Onkel, so etwa, wie ich zu dir. — Daß wir verwandt gewesen, ist mir nicht bewußt. — Na, am Ende war es ja auch ganz gut so, und ich werde nun hierbleiben, immer, auch nach seinem Tode.

Der Alte schwieg, als erwartete er nunmehr eine Antwort des jungen Mannes. Der meinte denn auch, aus seinem Sinnen aufgeschreckt:

„Das hat denn doch wohl noch lange Beine, Captain, wenn wir ja auch alle einmal sterben müssen. — Dann aber müssen sie doch auch Norderland verlassen und hinüber nach Söderland, wo die Norderlanders auch liegen."

„Ich will nichts mit den Söderlanders gemein haben", schrie jetzt Hans Hansen und schlug wütend mit der schweren Faust auf den Tisch, daß es im Zimmer dröhnte. „Der Teufel soll die ganze Bande holen — verrückt sind sie alle geworden, sei sie das Seebad haben, total übergeschnappt. — Und was ihnen das alles eingebracht hat, eine Landungsbrücke, eine Eisenbahn vom Watt bis an die See, ein Kurhaus und einen Badestrand, wo die Mannsleute zugucken, wenn die Frauenzimmer baden. — Das reine Sodom. — Früher haben sie gearbeitet, jetzt sind sie stinkend faul geworden, und die Fremden werfen ihnen das Geld händeweise in den Rachen. — Hat nicht der Karsten neulich für hundert Geviertmeter Heideland zehntausend Mark bekommen? — So ein Lump. — Und unsereins muß sich schinden und placken. — Eine Schande ist es."

„Nun jeder macht sich doch sein Leben so angenehm wie nur möglich," meinte Jep nach einer Pause.

Hans Hansen aber achtete dessen nicht, denn wenn die Rede auf Söderland und namentlich dessen Seebad kam, ärgerte sich der Alte immer schlagrührend.

Was hatte denn Söderland vor Norderland voraus, daß den ganzen Sommer über das schöne Geld immer dorthin strömte? War es denn hier nicht ebenso gut wie dort? War der Strand hier nicht besser?

Dann war er jetzt ein reicher Mann. Das Geld neidete er den Söderlanders, nur das Geld.

Was lag ihm daran, daß man ihn König Hansen hieß, daß er Besitzer des ganzen Landes war, denn oft genug hatte der König nicht eine blanke Mark im Hause.

Wenn sie so sprachen von Altererbtem und Familienbesitz, den man hochhalten müßte und festhalten bis zuletzt. Meiken und die Janna und der alte dämliche Magnussen, dann wäre er am liebsten dieser dummen Bande über das Maul gefahren, — aber er schwieg und machte sich nur innerlich über ihre Beschränktheit lustig.

Er war eben kein Lorenzen und hätte am liebsten den ganzen alten Sandhaufen verkauft.

Er?

Freilich war er nicht der Besitzer, nur der Verwalter, — aber was machte das aus? — Das dumme Ding, die Meiken, hatte nichts zu sagen, mußte tun, was er befahl.

Nun aber war das Seebad einmal nach Söderland gekommen, hier aber zeigte sich niemand. Vor Neid hätte er platzen können.

„Nein," schrie jetzt der Alte und schlug noch einmal mit der Faust auf den Tisch, — „ich bleibe hier, ich will mit der ganzen Bande nichts zu tun haben."

„Aber ihre Frau," warf Jep bescheiden ein, „die liegt doch drüben auf dem Friedhofe, und alle Lorenzen, die ganze Familie."

Fortsetzung folgt.

Zentrum und Vaterland

Das badische Musterländle .... für schwarzrotgelben Kuh- und Holzhandel .... ist die Wiege besonders vieler Größen unserer glorreichen November-Republik und unserer immer „glorreicher" werdenden Gegenwart. — Durch den Hagenschießskandal, durch die täglichen „Heldentaten" unserer Reichsbannerhorden mit dem Durlacher Mord usw., durch die jüngst von einem mannhaften Rechtsparteiler an die Öffentlichkeit gebrachte Parteienwirtschaft im Karlsruher Kreistage usw. usw. sind die hiesigen politischen Zustände längst und immer offenkundiger als .... lediglich in anderer Schattierung .... dem einstigen Zeigner-Sachsen zunehmend ähnlich gekennzeichnet. — Noch ist Zentrum Trumpf in Baden. — Mit Sozzen und Demokraten ist das Zentrum in deutschen Landen nirgends lieblicher verfilzt als hier. — Schade, wirklich schade, daß da mitten in den allerschönsten Parteigeschäften und -„geschäftche" die öffentlichen Kritiken an unseren öffentlichen Zuständen zunehmend deutlich und herbe werden, — und daß gar schon unter zunehmender vaterländischer Aufklärung bei den Zentrums-Wahl-Schäflein der Badische Zentrumsturm schwer wackelt, wie die Reichspräsidentenwahlen erwiesen haben.

Zentrumsgesinnung in Reinkultur findet sich nun in einem „eine ungeheuerliche Beleidigung" betitelten längeren Aufsatz, mit dem der Vorsitzende der Badischen Zentrumspartei, Prälat Dr. Schofer, die Zeitschrift „Schwarzweißrot" der Vereinigten Vaterländischen Verbände Badens und den Schreiber dieser Zeilen .... beehrt hat, weil wir jüngst **„die internationale Zentrumspartei"** in Verbindung mit dem schönen und wahren Wort brachten: **„International sein, heißt, fürs Volk kein Herz haben."** — Jene mit Zentrumsgift und -galle reichlich gewürzte „Ehrung" für uns wird noch erhöht durch die Tatsache, daß die gesamte Badische Zentrumspresse, dem gestrengen Kommando der hochwohllöblichen Leitung folgend, jenen Kampfartikel ihres Führers einhellig abgedruckt hat. —

Der, wie er in seiner Kampfantwort schreibt, zur „pflichtgemäßen Abwehr auf den Plan gerufene" allerhöchste badische Zentrumsfürst **dreht** aus unserem Angriff gegen seine bekanntlich auf aller-weltlichste Machtziele eingestellte Kirchenpartei mit den üblichen Zentrumskunststücken eine „Beleidigung auch gegen die katholische Kirche" zurecht. — So sollen gläubige Zentrumsgemüter wieder einmal für den Zentrumsvivisektor als Versuchskaninchen dienen, um durch dreiste Umfälschung von Wortlaut und Sinn unserer **Auseinandersetzung mit seiner Partei** (von der katholischen Kirche war bei unserem Hieb fürs Zentrum in Sachen der Flaggenfrage durchaus nicht die Rede) .... der lieben Herdengefolgschaft das Gift konfessioneller Verhetzung neu einzuimpfen. — Auf gleichwertige Kampfesweise und Gesinnungstüchtigkeit stößt man hierzulande sonst noch bei den seelenverwandten ganz roten Krippengenossen, wenn in gefahrdrohenden Parteilagen dort die urteilslosen Massen mit dem Geschrei aufgereizt werden müssen: „Die Republik ist in Gefahr."

Charakterisiert sich also schon aus einer derartigen Kampfesweise des Führers selbst **der völlig undeutsche Einschlag der internationalen Zentrumspartei**, so wollen wir jenem Herrn von Zentrumsbildung heute auch noch mit einem Beleg aus dem Pforzheimer Zentrumsparteiblatt Nr. 163, Seite 2, vom 15. 6. 25 für die vollkommene Verständnislosigkeit oder Böswilligkeit der „deutschen" Zentrumspartei unserer Tage und insbesondere unserer badischen Zeitgenossen vom Zentrum dienen, der gewiß nicht vereinzelt dasteht. — Hier werden national denkende Katholiken ... (zu diesen gehörte z. B. auch der Badener Leo Schlageter) . . . „nationalistisch Verwirrte" geheißen, — „die nicht wissen, daß **Nationalismus eine Verleugnung der christlichen Grundsätze** (sic!) ist"! — Wir fragen: Wie verträgt sich die hier gewiß eindeutig vorliegende antinationale Gesinnung unserer Zentrumspharisäer, mit dem Christuswort „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist und Gott was Gottes ist"?!

Zu der hier in Tagesbeleuchtung sichtbaren Zentrumsgesinnung in badischer Reinkultur bei nationalen Belangen finden wir Gleichwertiges etwa noch in dem bekannten „Vorwärts"-Wort vom Oktober 1918 in Deutschlands höchster Not: „Deutschland soll, das ist unser fester Wille, seine Kriegsflagge für immer streichen, ohne sie das letzte Mal siegreich „heimgebracht zu haben." — Ebenbürtiges leistete sich schließlich auch noch die „Frankfurter Zeitung", als sie am 23. 1. 25 ihre internationale, bzw. antinationale Katze wie folgt aus dem Sack ließ: „Aus der vorparlamentarischen Zeit haben in Deutschland viele Menschen und leider (sic!) auch aktive Politiker die Vorstellung, im Reichstag seien die Parteien zuerst einmal verpflichtet, dafür zu sorgen, daß das Land einigermaßen erträglich regiert werde, während doch **Politik** grundsätzlich **gemacht** (sic!) werden muß!" — Und wem fiele bei diesem letzten Satz nicht unwillkürlich das jedenfalls für uns vaterländisch Gesinnte **unvergessene Erzberger-Wort** aus jenen Zeiten ein, als Deutschlands Versklavung unter der Führung dieses Zentrums-Schutzheiligen Matthias Erzberger besiegelt wurde: **„Erst schaff' dein' Sach', dann trink' und lach'."**

In solchem Zusammenhange werden dann auch die Zentrums-Liebenswürdigkeiten eines Abgeordneten Wildermann wieder lebendig, mit denen jener deutsch sprechende und undeutsch denkende Mensch erst vor wenigen Wochen im preußischen Abgeordnetenhause Sozialismus und Protestantismus als „Irrlehren" in einen Topf zu werfen wagte. —

Und weitere Geister erheben sich. — Es rufen die Geister des gemordeten Hagenschieß-Waldes, mit dem der rote Zentrumsmann Wirth als badischer Finanzminister jene parteipolitische Lotterei zuließ, die Staat und Volk um Millionen **Goldmark** und um ein besonders schönes Fleckchen Erde brachte. — **Aber noch ganz andere Tote rufen!** — Es rufen die zwei Millionen gefallener Frontkrieger, darunter die siebenhunderttausend beste Deutsche katholischen Glaubens, die sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie unsere heutigen Zentrumsgrößen allüberall in deutschen Landen an deutschem Saft und Kraft sich mästen, jedoch die selbstverständlichsten deutschen Belange seit Erzbergers Zeiten, wo sie irgend können, vernachlässigen oder bekämpfen sähen, wie die Flaggenfrage, die Schuldlüge usw. usw. — Jene toten Helden . . . darunter, wie gesagt, an die siebenmalhunderttausend in Ehren für Land und Volk gefallene katholische Deutsche . . ., sie rufen uns Überlebende, zumal die, die „auch dabei" waren, — uns Überlebende, die die Not der Kriegsinvaliden, der Kriegerwitwen und -waisen täglich zunehmen sehen („Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß" hieß es **vor** der schwarzrotgelben Parteien-Schandwirtschaft!), uns rufen die Geister jener toten Helden auf zum Kampf gegen **unsere wahren Kriegsverbrecher**, gegen jene verlogene, internationale Sippschaft, mit deren Reichstagsmehrheit wir schon in den Weltkrieg hineingeschlittert sind, die uns die Verlängerung des Kriegszustandes bis in unsere Tage hinein beschert hat, und die diesen ewigen Kriegszustand gegen deutscheste Belange im Innern und von außen her bis zur Hoffnungslosigkeit auf Besserung **zum alleinigen Wohle der Parteibonzen** schürt und erhalten wird, wenn die deutschen Volksmassen nicht endlich einmal zur Selbstbesinnung kommen und diesem Treiben Einhalt gebieten. — Jene Toten des Weltkrieges . . . darunter an die siebenhunderttausend katholische Deutsche . . . mit ihren politisch immer hellersehend werdenden Eltern, Witwen und Waisen, sie mahnen uns heute eindringlicher denn je dazu, unserem schwarzrotgelben Parteienunwesen den letzten deutschen Widerstand entgegenzusetzen. Und hierbei rechnet **der Frontgeist** mit folgenden Tatsachen ab und zieht daraus seine Folgerungen für die deutsche Zukunft.

Die schwarzrotgelben Parteien, an deren **verantwortlichster Stelle** als vielberüchtigtes „Zünglein an der Wage" das **Zentrum** stand und steht, diese internationalen Gesinnungsgenossen haben uns schon in den Vorkriegsjahren eine genügende Kriegsrüstung als Versicherung gegen feindliche Kriegsgelüste (si' vis pacem, para bellum!) versagt. — Damit haben sie . . . und das Zentrum immer an verantwortlichster Stelle . . . sowohl die Kriegsgelüste unserer äußeren Feinde bis zum dann sozusagen automatisch erfolgten Raubanfall 1914 gegen uns genährt; und für unser Erliegen, wie für die Höhe unserer bei ungenügenden Kriegsvorbereitungen oftmals unverhältnismäßig gesteigerten blutigen Verluste im Weltkriege tragen jene drei Parteien Zentrum, Sozzen und Demokraten . . . das Zentrum geschichtlich zweifellos an verantwortlichster Stelle . . . die Hauptschuld. — Innerhalb der hauptverantwortlichen international statt deutsch eingestellten Zentrumspartei kommen jedoch jenem Schutzheiligen des Zentrums, Matthias Erzberger, noch Verantwortlichkeiten so besonderer Art an Deutschlands **Unglück zu, daß er hierin selbst** noch die Verantwortlichkeiten eines Philipp Scheidemann übertreffen dürfte. — Und das will gewiß was heißen! — Nachdem nämlich gerade jener Erzberger seine Partei erst richtig ins internationale Fahrwasser bis zum Antinationalen gebracht hatte, da leitete er mit seiner verhängnisvollen Reichstagsresolution vom Juli 1917 den **Anfang** von unserem heutigen Ende in die **Wege**. — Jene antinationale Schieber- und Wuchererrevolte vom November 1918, die fälschlich eine „Revolution" geheißen wird, war nur die Fortsetzung und Folge aus jener Erzbergerschen Reichstagsentschließung. — Dann ging es schneller und immer schneller auf der schiefen schwarzrotgelben Ebene über Schuldlüge, Flaggenwechsel, über jedes noch gesund gebliebene deutsche Volksempfinden hinweg nur immer hinein in das Meer internationaler Menschheitsliebe . . . alias: **schwarzrotgelbe Parteien- und Bonzenwirtschaft**. — Und erst auf den Leichenfeldern deutschen Volkstums sollte und konnte kirchlicher Fanatismus solchen Zentrumsparteiwucher gedeihen lassen, wie wir ihn seither in deutschen Landen bis zur besonderen badischen Reinkultur miterlebt haben.

In seinem Kampfaufsatz gegen uns maßte sich das Zentrum auch jetzt wieder in der Person seines badischen Führers beim offenbar nötig gewordenen und . . . gleich offenbar . . . nicht ganz einfach zu bewerkstelligenden Sturm gegen unseren Vorwurf der Herzlosigkeit für Volk und Land an, als Hüter katholischer Belange ganz allgemein aufzutreten. — Mit welcher besonderen Verlogenheit gerade bei dieser ewig neuen Anmaßung des Zentrums immer wieder „gearbeitet" wird, erhellt allein schon die **Tatsache**, daß von den nahezu dreizehn Millionen wahlberechtigter deutscher Katholiken z. B. gelegentlich der Jarreswahl nicht einmal volle vier Millionen . . . (also **nicht einmal der dritte Teil der katholischen deutschen Wähler!**) . . . für den Zentrumskandidaten Marx gestimmt haben.

Wir wissen uns eins mit mehr als zwei Dritteln der katholischen Deutschen, wir wissen uns eins mit einer ständig zunehmenden Zahl einstiger Zentrumsanhänger, wenn wir diesem sogenannten „deutschen" Zentrum als Deutsche jede Daseinsberechtigung absprechen. — Diese undeutsche Sippschaft in unserm deutschen Tempel werde und bleibe geächtet nach dem Christuswort: **„Mein Haus ist ein Bethaus, ihr aber habt es zu einer Mördergrube gemacht."**

Tacitus jg.

England am Scheideweg

(Von unserem Londoner Vertreter.)

London, Mitte Juli.

Schon seit mehr als einer Woche wiederholt die ganze Londoner Presse ohne Unterschied der Richtung, was der englische Minister des Äußern, Chamberlain, gesagt hat, nämlich, daß der in China aufgeflammte Brand hauptsächlich die Folge der unermüdlichen und systematischen Anstrengungen der Sowjetregierung sei, das Prestige der weißen Rasse im fernen Osten zu untergraben und dadurch den wirtschaftlichen Interessen Englands in China einen nicht mehr gut zu machenden Schaden zuzufügen.

„Ausweisen", „die Beziehungen abbrechen", „dem Skandal ein Ende machen", „annulieren", und sogar „an die Luft setzen" — das sind die Ausdrücke der Zeitungsartikel, mit deren Hilfe sich die Engländer endlich von der Anwesenheit der bolschewistischen Bande in London befreien wollen, an deren Spitze der die Sowjetregierung vertretende rumänisch-bulgarisch-griechische Herr Rakowsky steht.

Nicht ohne ein Lächeln kann man die zornigen Worte der kaltblütigen Engländer über „Verrat", „Hinterlist", „unerfüllte Versprechungen" der Sowjets lesen. Als ob das englische Volk von Seiten ausschlaggebender Leute nicht genügend vor dem wahren Antlitz der Moskauer Banditen gewarnt worden wäre!

Aber dies ist die Eigenheit der britischen Denkungsart: der Engländer traut nur sich selbst, sogar in solchen Fällen, in denen er von dem Gegenstande selbst nicht den geringsten Begriff hat.

„Wir sind ein erstaunlich geduldiges Volk", bemerkt melancholisch die „Times".

Im englischen Kabinett herrscht große Unstimmigkeit, was die ferneren Schritte der englischen Regierung in der „russischen" Frage anlangt. Der Minister des Innern, Hicks, der unmittelbar daran interessiert ist, daß die Moskauschen Emissäre auf der Insel der Vereinigten Königreiche keinen Unfug treiben, fordert entscheidende Maßnahmen gegen die Räuberbande, die sich in Moskau festgesetzt hat; seine Forderungen gehen bis zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen und einer Blockade Sowjetrußlands: zur See — mit Hilfe der Flotte, und zu Lande — mit Hilfe der englischen Vasallen, der Randstaaten, Polens und Rumäniens.

Weniger kriegerisch gesinnt ist Chamberlain, der als Leiter der englischen Außenpolitik immer noch hofft, auf dem Wege des Notenaustauschs, der Proteste und Kompromisse einen schroffen Konflikt zwischen den englischen und den russischen Juden zu vermeiden. Übrigens würden für all dieses die reinblütigen Engländer und Russen büßen müssen, die einerseits von ihren Rothschilds und Sassoons, und anderseits von ihren Apfelbaums und Finkelsteins geswungen werden, sich gegenseitig in der See zu ertränken und durch Hunger zu quälen.

Es ist indes anzunehmen, daß es auch diesmal zu keinem offenen Konflikt zwischen England und den Sowjets kommen wird. Vor zwanzig Jahren hätte ein ausländischer Diplomat, über dessen Regierung der Minister des Auswärtigen das gesagt hätte, was Chamberlain im Parlament über die Bolschewisten geäußert hat, schon längst von der englischen Regierung seine Vollmachten und Dokumente zurückverlangt und eine tausendköpfige Menge hätte in einer feindseligen Demonstration auf dem Trafalgarsquare den Auftakt zum Kriege gegeben. Jetzt wird es wohl nicht dazu kommen, denn das Weltjudentum hat einen ganz anderen Plan, als dem Moskauschen Kommunismus für die Hegemonie des jüdischen Kapitals in Westeuropa und in Asien ungefährlicher zu machen. Es ist möglich, daß Genosse Rakowsky nicht mehr nach London zurückkehrt und an seiner Stelle ein vernünftigerer Vertreter, wie z. B. Krassin, erscheint. Es ist möglich, daß zugunsten des englischen Prestiges die diplomatischen Beziehungen zwischen den Vereinigten Königreichen und Sowjetrußland sogar abgebrochen werden, aber zu einem bewaffneten Konflikt wird es nicht kommen, denn **das internationale Judentum hat viel zu viel Ursache, mit der bestehenden Ordnung der Dinge recht zufrieden zu sein, und es ist zunächst (!) nicht einzusehen, was gewonnen, wohl aber, was verloren werden könnte.**

Wenn daher die politischen Leidenschaften auf beiden Seiten die höchste Spannung erreicht haben, wird man in England ein Ventil öffnen, welches die Aufmerksamkeit wo anders hinlenkt. Schon jetzt bereitet sich dort ein ernsthafter politischer-ökonomischer Konflikt zwischen den Besitzern der Kohlengruben und Eisenbahngesellschaften einerseits — und den Vertretern der Arbeiterschaft anderseits — vor. Die Sache ist die, daß der Durchschnittsverdienst eines englischen Arbeiters bei siebenstündigem Arbeitstag wöchentlich mehr als 60 Goldmark beträgt, während der Verdienst in Deutschland bei achtstündigem Arbeitstag nicht einmal 40 Goldmark erreicht. Aber die englischen Arbeiter werden keinesfalls in eine Verringerung ihres Verdienstes oder eine Verkürzung ihres Arbeitstages willigen; daher ist der Konflikt zwischen der Regierung und der Arbeiterpartei unvermeidlich.

Natürlich erscheint bei solchen inneren Schwierigkeiten eine energische Politik gegen die Sowjets undenkbar. Im entscheidenden Augenblick werden die Londoner und Moskauer Juden schon irgend einen modus vivendi finden, der auf einem beiderseitigen Kompromiß begründet ist. Moskau wird sich in feierlicher Form verpflichten, sich in die chinesischen Angelegenheiten nicht mehr einzumischen, und London wird seinen Verdacht in dieser Hinsicht als übertrieben zurücknehmen. Den Juden aber wird es auf diese Art wieder gelingen, einen Aufschub zu erlangen — bis zu einem neuen Betrug Grischka Apfelbaum-Sinowiews.

Den Goiim wird man dann wieder einen neuen Knochen hinwerfen . . .

Besucht die Deutsche Verkehrs-Ausstellung München 1925 Juni-Oktober

KINO-ANZEIGER

Nach dem Kino: Eine Zigarette der Fabrikate der Österreich. Tabak-Regie

Nach dem Theater: raucht selbst der Laie die Zigarette „Metzger" Nr. 3

RATHAUS-LICHTSPIELE FRIDERICUS REX 3. Teil: „Sanssouci" 4. Teil: „Schicksalswende"

SENDLINGERTOR-LICHTSPIELE Kohlhiesels Töchter mit Henny Porten

Dachauerstr. 16 UFA-THEATER geg. Marsstr. Wachsfiguren-Kabinett ferner: Katastrophe auf Zeche Osten

KAMMERLICHTSPIELE / Kaufingerstr. 28 Telephon 24327 Leidenschaft Die Liebschaften der Hella von Gilsam mit Lilian Harwey

Telephon 53377 LICHT-SCHAUSPIELHAUS Dachauerstr. 46 Nick, der König der Chauffeure mit dem sympathischen Sensationsdarsteller Carlo Aldini in der Hauptrolle

Besuchet die Familien-Sonntag-Vormittags-Vorstellungen obiger Kinos!

KI-PA Film-Palast Müllerstr. 32 Blumenstr. 29 Haß ohne Ende mit Karina Bell

Unsere Leser sehen sich nur die Qualitätsfilme, der im „Völkischen Beobachter" inserierenden Lichtspielhäuser an!

THEATER-ANZEIGER

Donnerstag, den 23. Juli 1925

National-Theater	Residenz-Theater	Kammerspiele	Operetten-Bühne Lustspielhaus, Barer Str.
—	Schloß Zeitvorbei Anfang 7½ Uhr	Geschäft ist Geschäft Anfang 7½ Uhr	Alt-Wien Anfang 7½ Uhr
Prinz-Reg.-Theater	Schauspielhaus	Gärtnerpl.-Theater	Volkstheater
—	Madame Sans Gêne Anfang 7½ Uhr	Anneliese von Dessau Anfang 7½ Uhr	Die vertauschte Frau Anfang 7½ Uhr

RUNDFUNK MÜNCHEN

Donnerstag, 23. Juli.

9: Vortrag Reichsbahnoberrat Dr. Sauter: Der internationale Eisenbahnverkehr

10: Vortrag Straßenbahndirektor Otto Scholler: Untergrundbahnen, mit Berücksichtigung der für München aufgestellten Projektes

11: Vortrag Geheimrat Ritter von Völcker: Wirtschaftliche Gesetze und Verkehrsorganisation

12: Vortrag Dr. Adolf Konrad: Der Fremdenverkehr

4: Kammerquartett Anny Rosenberger

5: Die Rundfunkkapelle

6.30: Völkerkundliche Lesestunde: Wie David Livingstone und Sebituane, der große Makolohäuptling, Freundschaft schlossen. (Nachholung vom 25. Juni, gelesen von Albert Spenger)

7.15: Esperanto-Leseübung

8: Liederabend. Mitwirkend: Elfriede Nierste (Alt), Robert Hager (Bariton), Richard Staab (Klavier), Anton Reichel (Violine), Jelena Pacic (Cello) (Werke von Fr. Schubert, R. Wagner, L. van Beethoven, Chr. W. Gluck und G. Bizet)

9.15: Das Deutsche Museum. Eine Vortragsfolge zur Einführung in die Entwicklung von Naturwissenschaft und Technik. 6. Vortrag Ministerialrat Dr. Hans Götz: Mathematik und Physik

10: Pressemeldungen — Wetterbericht — Zeitangabe — Sportfunk — Geschäftsnachrichten

Anschließend bis 11.30: Unterhaltungskonzert der Rundfunkkapelle.

„Deutsche Stunde in Bayern", Abteilung Vertrieb / Funkhaus / Karlstraße 21. Verkauf und Vorführung hochwertiger Rundfunkempfänger, Detektor-, Röhren-Apparate, Lampen, Kopfhörer, Lautsprecher, Zubehör, Antennenbau

?WOHIN?

Der Fremde geht in München dahin, wo es der Münchner gemütlich findet!

Löwenbräu-Keller — Saal — Garten — Terrassen — Täglich Konzerte

Hacker-Keller Theresienhöhe nächst Ausstellung — Täglich große Konzerte — Vorzügliche Speisen

Thomasbräu-Keller Kapuzinerpl. 5 (Linie 10, 12, 17) Clemens Haustein — Mittwoch, Samstag, Sonntag Große Garten-Konzerte

Mathäser Bierhallen Garten Täglich Konzert Ia Küche — Löwenbräubier

Viktoria-Gaststätten Max-Denkmal Telephon 20266 — Herrlicher Garten — Vorzügl. Mittags- u. Abendtisch, Ia Biere u. Weine

Bürger-Bräu-Keller Rosenheimerstraße, Linie 1 u. 11 — Jeden Mittwoch Sommernachts-Ball mit Gartenkonzert — Samstag u. Sonntag Garten-Konzert

Gaststätte Alt-Wien Barerstraße 53 Telephon 57336 — Täglich Original-Zigeuner-Kapelle aus Gräfin Mariza (Lustspielhaus)

Besuchen Sie die in unserem Blatte anzeigenden Gaststätten!

Bayreuther Festspiele — Besucher der Bayreuther Festspiele erhalten Auskunft über schöne, billige Unterkunft bei Parteigenossen in der Verwaltung des V. B.

Fabriklager und Vertretung erster deutscher Schuhfabriken KLAUS FRANK, Bamberg 3 — Lager und Kontor: Hauptwachstraße 3 — Fernsprecher: 1022 — Gegründet 1906 — Ständiges Lager in Ia Rindbox, Rindleder und Sport-Schuhwaren in allen Größen — Lieferung nur an Schuhgeschäfte zu Original-Fabrikpreisen! Musterpaare bereitwilligst!

Empfehlenswerte Bühnenwerke für nationalsoz. und völkische Ortsgruppen

In Sklavenketten. Die Tragödie des deutschen Volkes in drei Akten von Benno Oppen. Dieses Drama behandelt die Versklavung des deutschen Volkes infolge der Verwirklichung des Dawes-Gutachtens. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 15.—

Das eiserne Kreuz. Volksstück aus der Zeit der Befreiungskriege in fünf Akten von Artur Dinter. Preis mit Rollen M. 45.—

Das deutsche Lied. Vaterlandslieder-Singspiel in einem Akt von Ludwig Feldmann, für eine Dame und fünf Herren. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 7.50. Leichte Melodien, auf jeder Dorfbühne aufführbar

Kunersdorf. Ein Wahrzeichen deutschen Heldentums. Charakterbild in drei Akten von Dr. Severin Pniover, für vier Damen und etwa zwanzig Herren. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 27.— Dieses Werk erntet gleich „Tauroggen", als dessen Gegenstück es zu betrachten ist, überall lebhafte Zustimmung

Volk in Not. Drama in vier Aufzügen von Ottomar Wariß, für eine Dame, elf Herren und zwei Kinder. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 25.— Behandelt den Heldenkampf der Tiroler gegen die französischen Unterdrücker

Michel vor dem Ententegericht. Ein Fastnachtsschwank in einem Akt von Friedrich Metterhausen für zehn Herren und Statisten. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 8.50

Totila. Historisches Schauspiel in drei Akten mit einem Vorspiel von Wilhelm Kube, für drei Damen und sechzehn Herren. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 27.—

Salomons Reinfall. (Der überlistete Jüd.) Schwank in einem Akt von Armin Roller, für eine Dame und vier Herren. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 6.50. Dieses Stück erregt überall stürmische Heiterkeit

Schwarz-weiß-rot ist Trumpf! (Der reingefallene Pappheim.) Heiteres Lebensbild in einem Akt von Ottomar Wariß, für zehn Herren und einige Statisten. Preis mit Rollen und Aufführungsrecht M. 11.— Dieses Stück, das ebenfalls auf jeder Dorfbühne aufführbar ist, geißelt die Praktiken des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und eignet sich besonders für die vaterländischen Verbände und nationalen Parteien. Großartige Wirkung. Wurde bereits in den ersten acht Tagen nach Erscheinen von über hundert Ortsgruppen aufgeführt

Verlangen Sie Preisverzeichnis oder Auswahlsendung

Emil Kabisch, jetzt Halle a. S., Triftstraße 22 (früher Langensalza) (Fernruf 8562)

Achtung! Ausschneiden! Achtung! Verkaufe an Markttagen (Dienstag, Donnerstag und Samstag) in der Markthalle am Roßplatz von 7—1 Uhr vormittags auf der Galerie, Stand 42 (hinten beim lebenden Geflügel) Räucher- u. Wurstwaren, Butter, Eier und empfehle mich allen Parteigenossen. Edmund Giepner, Leipzig

Grammophone, Schallplatten, Nadeln — nur beste Fabrikate — stets vorteilhaft und preiswert zu haben bei Konrad Röhrer, Nürnberg 12, Grünstraße 7, Rückgb. I — Stets Eingang der neuesten Schlager

Tornister, ganz neu, Kalbfell, 4.95 (Tragriemen —.75) — Mil. Kochgeschirre neu 1.75 — Schulterriemen mit Karabinerh. 1.7 — Infanteriespaten neu, m. Futteral 2.50 — Brotbeutel neu, mit Band 2.90 — Feldflaschen neu —.50 — Sämtliche Ausrüstung — Sportv. „Scharnhorst", Leipzig, Gustav-Adolfstraße 36

Sport- und Fachmann, denke dran: Alles gibt's — bei HERD HAHN Kraftfahrzeug-Bedarf u. Bereifung — Vulkanisier-Werkstätten — München Sonnenstr. 2, Fernspr. 51446, 57621 — Nürnberg vord. Sterng. 1, Fernsprecher 8866

Nationalsozialist Kaufmann aus dem bes. Gebiet, sucht Stellung gleich welcher Art, auch als Hilfsarbeiter. Kaution kann evtl. gestellt werden. Briefe unt. 281 a. d. Anz.-Abteil. ds. Bl.

Gut möbl. Zimmer mit Balkon, Südseite, in ruhigem Hause bei gebildeter Familie, an nur streng soliden, ält. Dauermieter ab 1. Aug. zu vermieten. Lage: Schwabing. Off. unter 262 a. d. Anz.-Abt. d. Bl.

Notruf! Älterer Kaufmann, bisher selbständig, durch Inflation um sein Verm. gekommen, bittet um Anstellung. Suchender ist mit allen kaufmännisch. Arbeiten vertraut. Ang. unt. 265 a. d. Anz.-Abt. d. Blattes

BITTE! Welch edle Menschen würden jungem soliden Mann dazu verhelfen, sein Studium in der Musik zu vollenden gegen evtl. spätere Zurückzahlung, da es den Eltern zur Zeit nicht mehr möglich ist. Ang. unt. 266 an die Anz.-Abt. dieses Blattes

Gesetztes Mädchen absolut ehrlich und solid, in kleinen geregelten Haushalt in Schwabing per 15. Juli evtl. 1. Aug. tagsüber gesucht, muß jedoch daheim schlafen. Offerten mit Lohnansprüchen unter 241 an die Anzeigenabteilung dieses Blattes.

Völkisch geleitete chem. Fabrik sucht zum Vertrieb ihrer Erzeugnisse VERTRETER an allen Plätzen unseres Vaterlandes. In Frage kommen folgende Artikel: Bohnerwachs, Schuhkrem, Lederfett, Seifen und Seifenpulver (hervorragende 80 %ige Ware) sämtl. Öle und Fette, Aufnehmer und Putzwolle. Nationalsozialisten, die bei der in Frage kommenden Kundschaft (Händler, Industrie und teilweise auch Privatkundschaft) gut eingeführt sind oder sich einen ständigen Verdienst sichern wollen, werden gebeten Bewerbungen einzureichen. Chemische Fabrik Eboll in Hilchenbach (Westfalen)

Lehrling aus der Volksschule entlassen, am liebsten braven Jungen aus Arbeiterfamilie, von Verlagsunternehmen gesucht. Vorstellung nach Aufforderung nur mit Vater. Off. unter 273 an die Anzeigen-Abteilung dieses Blattes.

Für Ober- u. Niederbayern, Schwaben (das ganze Gebiet südlich der Donau) suche ich einen äußerst tüchtigen und branchekundigen Vertreter. KLAUS FRANK, BAMBERG 3, Fabriklager und Generalvertretung erster deutscher Schuhfabriken. Bewerbung unt. Aufgabe v. Referenzen erbeten

Nationalsozialist — Landwirts- u. Bäckerssohn, kathol., 24 Jahre alt, aus sehr angesehener Familie, sucht zur weiteren Ausbildung in moderner Bäckerei geeigneten Posten. Guter Tafelarbeiter, Ofenablöser, Mischer. Bin auch bereit, mich nebenbei in Landwirtschaft, wenn solche vorhanden, zu betätigen, da reiche Kenntnisse. Mäßige Ansprüche. Obb. bevorzugt. Gefl. Angebote unter 311 an die Anz.-Abt. ds. Bl.